

Verlag täglich außer Montags. Preis 30 Nummern 30 Pf., monatlich 1.00 Mk., wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Inhalt. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3.00 Mk. pro Quartal, Unterbrechungen: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. 50 Pf. monatlich. In der Post-Station: Breslau für 1893 unter Nr. 6708.

Vorwärts

Anzeigens-Behörde des Reichs für die fünfgrößten Zeitungen oder deren Raum 40 Wk., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Wk. Inzertate für die vierte Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
Kornspeich-Anschlag
Junt 1. Nr. 4186.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Mittwoch, den 26. April 1893. Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Cholera und Polizei.

Als der Bevollmächtigte Hamburgs beim Bundesrath, Senator Burhard, am Schluss der Reichstags-Sitzung vom 21. April mit dem pathetischsten Brustton der Ueberzeugung seine liebe Vater- und Progenstadt von jeder Schuld an dem vorjährigen „Unglück“, der Cholera, rein gewaschen und die Sympathie und Freundschaft ganz Deutschlands auf die verfahrenre Bourgeoiswirtschaft Hamburgs herabgeschleift hatte, da konnte der Staatssekretär von Bötticher, der wackerer Reichsminister für Sozialpolitik, sein übervolles Herz nicht weismen — er eilte zum Vertreter des Hamburger Progeniums und drückte ihm mit echter Herzenswärme die biederen Rechte. Als Mandatbild zur ersten Verathung des Cholera-Gesetzes im Reichstage, die an jenem Tage begonnen war und am Sonnabend mit der Verweisung des Entwurfs an eine Kommission endete, ist die rührende Umarmung des Reichsvertreters und des Bevollmächtigten von Hamburg unbezahlbar. Sie kennzeichnet den Ernst, mit welchem nunmehr das Reich nach Hamburg an die wichtige Aufgabe des Schutzes der Volksgesundheit gegen Seuchengefahren geht. „In den Armen liegen sie sich beide, und weinen laut vor Schmerz und Freude“ — weil es der Eine so schließt und gut macht, als der Andere. Das Cholera-Gesetz selbst hat ja der „Vorwärts“ schon in dieser Hinsicht genügend beleuchtet. Aber auch die erste Verathung im Reichstage hat wieder mit aller Klarheit ergeben, daß man jetzt im Reich weiter nichts vorhat, als ein paar cleude, billige Polizei-Maßregeln — man bekämpft die Cholera mit der Polizei, wie man den Sozialismus oder den kirchlichen Unglauben mit der Polizei bekämpft, d. h. völlig wirkungslos. Man scheut bewegt vor jeder gründlichen Maßnahme zurück, weil eine solche mit einer Masse geliebter Pöpsel aufräumen müßte und Geld kosten würde — Geld ist aber bekümmert nur für das Militär da, und wenn man bundesstaatliche oder bürokratische Pöpsel abschneidet, so würden ja die bisherigen Träger derselben vom Volke ausgefacht — ergo läßt man alles in der Hauptsache hübsch beim Alten.

Es ist dieselbe Mißrede, die wir schon beim Arbeiterschutz, bei der Fabrikinspektion u. s. w. erlebt haben. Die Einrichtung einer wirksamen Gesundheitsaufsicht von Reichswegen wäre doch Vorbereitung einer ernst gemeinten Seuchengesetzgebung. Aber wo denkt man hin! Die Medizin-polizei ist ja Sache der einzelnen Bundesstaaten, daran darf nicht geküßelt werden, die muß in derselben kläglichen Bedeutungslosigkeit wie bisher, in Preußen anders wie in Sachsen, und in Sachsen anders wie in Bayern fortbestehen; die staatlichen Medizinalbeamten, die Kreisphysiker und wie sie sonst heißen, müssen nach wie vor als Privatärzte mit großer Praxis ihre staatliche Funktion im bloßen Nebenamt für ein Lumpengeld versehen — alles genau wie bei der Fabrikinspektion, wo da ein Major, dort ein Bezrath oder Baumeister nebenbei auch Gewerbebetrie-

beaufsichtigt notabens in Neuß älterer Linie anders als in Neuß jüngerer Linie, und in Preußen nach dieser einzelstaatlichen Anweisung, in Bayern aber nach einer ganz anderen. . . . Wahrscheinlich, Mollenbuhr hatte Recht, von diesem jämmerlichen System zu sagen: „Wenn man die Medizinalreform an die Landesgesetzgebung verweist, so wird der Erfolg dieser ganzen Gesetzgebung gleich Null sein!“ Was das freilich den Staatssekretär von Bötticher genirt! Der dozirt mit schönen, glatten Worten: „Ich möchte doch glauben, daß eine zwingende Veranlassung, die Autonomie der Einzelstaaten auf dem Gebiete des Medizinalwesens einzuschränken, nicht vorliegt“, und damit ist für ihn die ganze Vorfrage mit ihrer ungeheuren Wichtigkeit für die Seuchenabwehr erledigt. Dieser ungläubliche Formalismus war selbst dem freisinnigen Abgeordneten Schrader zu arg. Er sagte dem Staatssekretär rund und nett: „Bedenken hinsichtlich der Verfassungsinterpretation können hier nicht entscheidend sein, denn die Verfassung ist nicht eine Form, der die Sache geopfert werden muß, sondern sie hat der Sache zu dienen.“ Auf diese ziemlich deutliche Zurückweisung hielt Herr von Bötticher eine Antwort nicht für nöthig, aber der redogewandte Minister hatte keine — was nichts daran ändern wird, daß die Hauptsache am Gesetzesentwurf auch in der Kommission bleibt, wie sie ist.

Ebenso drückt sich die Reichsregierung um die bei einem Cholera-Gesetz wirklich „brennende“ Frage der Feuerbestattung herum. Was die Frage der Begräbnisplätze angeht, sagte wiederum Herr v. Bötticher als „Mädchen für Alles“ am Freitag, „so gehören diese nicht in den Rahmen der Reichs-Seuchen-Gesetzgebung. Sie sind kommunale Einrichtungen.“ Ein wahres Glück, daß der Herr Staatsminister hier etwas Abwechslung in seine Ausflüchte bringen und sich statt auf die Landesbehörden auch einmal auf die Kompetenz der Ortsbehörden berufen konnte! Birchow und Wurm hatten gut ausführbar, daß die Frage der Bestattung aus bekannten Gründen sehr eng mit der Bekämpfung der Seuchengefahr zusammenhängt.

Wenn Herr v. Bötticher mit einer seiner eleganten Handbewegungen erklärt, daß die Sache „nicht in den Rahmen der Reichs-Gesetzgebung passe“, so kann die unglückliche Sache ohne Rahmen sehen, wo sie sonst ihre Lösung findet — für die Thätigkeit, welche das große Deutsche Reich im Interesse der Volksgesundheit entwickelt, ist sie damit erledigt. Die Gutachten der Sachverständigen über das Cholera-Gesetz hat sich Herr von Bötticher wohl aus einem ähnlichen Grunde — nämlich erstickten lassen; er konnte so auch leichter alles dasjenige fallen lassen, was „in den Rahmen“ des Polizeigesetzes nicht paßt. Immerhin sind die „mündlich“ erstatteten Gutachten ein Unikum in der Gesetzesfabrikation, das vorgemerkt zu werden verdient. Und schließlich der neue Reichs-Gesundheitsrath, um den sich die Debatten am Freitag und Sonnabend in der Hauptsache noch drehten! Er ist ein Zwillingsschwister der Reichskommission für Arbeiterschutz, das der letzteren in seiner Machtlosigkeit

und Abhängigkeit zum Verzeifeln ähnlich sieht. Man ist da ganz nach dem Rezept der Bismarckschen Aera verfahren. „Was man nicht richtig machen kann, das sieht man schnell als Reichsrath an“ — so ist der Reichs-Gesundheitsrath der würdige Nachfolger des Volkswirtschaftsraths und ähnlicher verfehlter Rathesinstanzen. Eine begünstigende Behörde ohne Exekutive neben dem Reichs-Gesundheitsamt, das selbst keine Exekutive hat und allen gesundheitlichen Unterlassungssünden in den Einzelstaaten machtlos gegenübersteht — weshalb zwei solcher Jammerbilder statt des einen, an dem wir gerade genug hatten? Wenn dem Volke durch das Doppelbeispiel recht deutlich die Unfähigkeit der größten bürgerlichen Staatsorganisation in Deutschland, des Deutschen Reichs, auch nur gesundheitsliche Reformen herbeizuführen, vorgeführt werden soll, dann kann uns die Wirkung schon recht sein. Neben dem Genossen Wurm deckte wiederum Birchow auch diesen Mangel des Gesetzesentwurfes auf; Professor Finkelnburg in Bonn, einer der ersten deutschen Hygieniker, hat ihn publizistisch gegeißelt. Er wird dennoch bleiben, weil es das „monarchische Gefühl“ im Volke verlegen würde, wenn der simple preussische Geheimrath Koch etwa einer königlich bayerischen Medizinalbehörde vorschreiben wollte, was sie zu thun hat, selbst in der höchsten Cholera-gefahr. . . .

Als Gemeinplatz darf bereits der Hinweis darauf gelten, daß Volksseuchen vor der goldenen Thüre der Besessenen nicht halt machen, bei ihrer Bekämpfung also die Bourgeoisie doch wenigstens ihren Klassen-Egoismus vergeffen müßte. Sie vergißt ihn aber nicht; sie behandelt die Seuchenabwehr wie den Arbeiterschutz, mit Palliativmitteln, ohne jeden Ernst. Ein Beweis mehr dafür, daß der Klassen Gegensatz innerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung unausrottbar ist; er bricht selbst bei neutralen Fragen durch und hilft die herrliche „Ordnung“, unter der wir leben, immer tiefer in den Sumpf treiben, aus der sie nicht mehr herauskommt. Das lehrt auch das Cholera-Gesetz.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. April.
Aus dem Reichstage. Die Tribünen überfüllt und das Haus sogar beschlußfähig, das war das Signum der heutigen Sitzung. Das sonst irgend etwas Erwähnenswerthes sich ereignet hätte, wird auch der begeisterte Ahlwardtverehrer nicht behaupten. Was den Vertreter für Arnswalde-Friedeberg betrifft, so hat derselbe, so weit dies überhaupt möglich, heute noch eine jämmerlichere Rolle gespielt, als in den Sitzungen vor Ostern, als er sich die Suppe durch unbedachte Redensarten einbrockte.
Daß Herr Ahlwardt nichts, was nicht alle Welt vorher bereits wußte, vorzubringen hatte, war bekannt; daß er aber

Feuilleton.

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepnial.
Autorisirte Uebersetzung.
Frei ins Deutsche übertragen von Vertha Braun.

Andrej drängte sich vor und stand den Rücken gegen das Gitter am Fußsteig, einige Schritte von der Thür und wartete auf den kommenden Wagen. Er hatte nicht lange zu warten. Als der Wagen hineinrollte und das Licht auf dessen Thüre fiel, sah er durch das schmale Gitterfenster das hagere bleiche Gesicht des Stotterers! Nachdem er drei Tage im Hospital gewesen, hielt man ihn für soweit von seinen Wunden hergestellt, daß er nach dem Gefängniß transportirt werden konnte.

Diese Entdeckung berührte Andrej so schmerzlich, daß er gar nicht bemerkte, daß er selbst ein Gegenstand ziemlich aufmerksamer Betrachtung von seitens des rothhäutigen Gendarmen, der hinter dem Wagen ging, geworden war. Nachdem dieser ihn einige Mal angesehen hatte, drückte er sich zwischen Gitter und Wagen hin, denn er war begierig, seine überraschende Vermuthung jemandem, der vorne stand, mitzutheilen.

In einer Minute lehnte er mit einem andern Gendarm vor sein Vorgesetzter zu sein schien, zurück. Andrej war aber zu müde zu sehen. Ohne auf Warja zu warten, war er durch die Pforte geschlüpft und allein nach der Wohnung

des Schließers geeilt, wo der kostbare Brief niedergelegt war. Er war zu niedergeschlagen, um irgendwelche Gesellschaft zu wünschen.

Die Wache, welche ebenso wie die Nebenigen den Wagen anstarrte, hatte ihn nicht vorbeigehen sehen. Als der Sergeant sie fragte, ob irgend jemand die Halle verlassen hätte, war der Posten bereit zu schwören, daß in den letzten fünf Minuten niemand hinausgegangen wäre.

Kapitel VI. Der große Entschluß.

Am das Loos eines praktischen Revolutionärs zu wenig gewöhnt, verbrachte Gregor, während er auf die Rückkehr seines Fremdes wartete, zwei recht unerquickliche Stunden. In der geheimen Hoffnung, von Watajko etwas Ermuthigendes zu hören, fragte er ihn, wie es mit Andrej stehe. Doch waren dessen Antworten derart, daß er sich immer noch unbehaglicher fühlte.

„Wir thäten Unrecht, ihn gehen zu lassen,“ sagte Gregor mit verspäteter Reue.

„Laßt es gut sein,“ erwiderte ruhig Watajko. „Andrej befand sich schon in schlimmeren Tagen.“

Der junge Mann war bereits mehr praktisch geschult und gewöhnt, alle Gefahren mit einem gewissen Gleichmuth zu betrachten.

„Was Du sagst, mag wahr sein,“ erwiderte Gregor. „Man kann aber großen Gefahren entgehen und bei einer kleinen ins Verderben stürzen.“

Watajko gab dies zu und erläuterte es durch einige Beispiele aus seiner eigenen Erfahrung und denen seiner Freunde.

Gregor fühlte sich Andrej's wegen sehr unglücklich. Er war sehr verdrießlich, seinem Vorhaben nicht entgegengetreten zu sein und machte sich — wie es bei solchen Gelegenheiten seine Gewohnheit war — bittere Vorwürfe über seinen Mangel an Festigkeit. Er war geneigt, seinen Einfluß auf Andrej zu überschätzen und überredete sich, daß er bei etwas energischerem Widerspruch ihn hätte veranlassen können, die Sache in David's Händen zu lassen, anstatt sich müthwillig in die Wollsgarbe zu wagen.

Es war daher für Gregor ein glückliches Moment, als Andrej zur bestimmten Zeit zurückkehrte.

Der Petersburger Zug ging um halb neun Uhr ab. Es war keine Zeit zu verlieren.

„Wir können sofort zur Station gehen,“ sagte Andrej. „Das Gepäck ist, hoff ich, gepackt?“

Das war nicht der Fall. Hinbrütend über das, was war und was sein könnte, hatte Gregor gerade die Gegenwart vergeffen. Glücklicherweise nahmen ihre Vorbereitungen nicht viel Zeit in Anspruch. Sie hatten gerade genug Gepäck, um den Anschein gewöhnlicher Reisenden zu erwecken. Sie waren bald fertig und auf dem Wege zur Station. Da Andrej in einer unsichern Lage war, wurden ganz besondere Vorsichtsmaßregeln getroffen. Watajko fuhr allein vor und führte alles Gepäck mit sich — die beiden kleinen Koffer und einen Reisack. Er sollte Bilette lösen, Plätze im Waggon sichern und sie auf der Straße treffen. Sie sollten nur einige Minuten vor Abgang des Zuges die Station betreten und direkt zum Waggon gehen, um möglichst wenig gesehen zu werden.

Andrej und Gregor folgten Watajko in einer Entfernung von zehn Minuten; an einem Kreuzwege nicht weit von der Station stiegen sie aus. Watajko gestellte sich

auch in die allbekanntesten Anschuldigungen aus der Gründerperiode der siebziger Jahre so gar keinen Schwung und keine pikanten Abwechslungen hinein zu bringen wußte, das beweist, daß er auch zum Kaddawacher nur den guten Willen, aber nicht das Zeug hat.

Und dieser langweilige Schriftsteller, von dem aus seinem bisherigen Aufsätzen nur eines feststeht, daß er unfähig ist, die Tragweite seiner Worte zu ermessen, und der mit den diesen Individuen allen anhaftenden Bosheit des Kretins besonders reichlich behaftet ist, wird von unserem Spießbürgerthum als nationaler Held gefeiert und in den Versammlungen mit tosendem Beifall begrüßt und mit Kränzen, gleich einem Pfingstochsen behangen. Wenn etwas die politische Rückständigkeit, aus der sich der antisemitische Auhang rekrutiert, zu kennzeichnen geeignet ist, so ist es die Affäre Ahlwardt.

Dieselbe hat hoffentlich mit der heutigen Verhandlung im Reichstag ihren Abschluß gefunden. Dies ist schon im Interesse der Würde und des Ansehens des deutschen Parlaments zu wünschen. Denn Szenen, wie wir sie heute im Reichstag gehabt, und Schimpfworte, wie sie hin und hergeschoben sind, gehören auf den Fischmarkt, nicht aber in den Reichstagsaal. Zum Schlusse sei noch bemerkt, daß der Antrag, die Ahlwardtschen Akten einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, gegen wenige Stimmen angenommen wurde und daß die sozialdemokratische Fraktion beschlossen hat, wenn die Herrn Ahlwardt nahe stehende konservative Partei den Antisemiten keinen Platz in der Kommission abtreten wolle, unsere Partei auf einen Sitz zu Gunsten der Antisemiten verzichten wird. Als Kommissionmitglieder sind von sozialdemokratischer Seite die Abgeordneten Bebel und Grillenberger in Aussicht genommen.

Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1893/94, ist dem Hause zugegangen. Ueber die Nachtragsforderungen in der Höhe von 1.468.000 M., (Gesandtschaften etc., Weltausstellung in Chicago) hat der „Vorwärts“ bereits (Nummer 98 vom 21. April) berichtet.

Die Militärvorlage. Selbst die allergrößten Täuschungen sind den Freunden der Vorlage willkommen als Mittel des Wauernsangs. Wie 1887, so wird auch 1893 der börsartige Dumbzug getrieben, durch gefälschte graphische Darstellungen der geographischen Vertheilung und der Stärke der Kriegsheere unsern Philiater weidlich schmeicheln zu machen. Solche Karten werden jetzt ohne Angabe des Verlegers massenhaft verbreitet, der „große Unbekannte“, der aus öffentlichen Mitteln schöpft, liefert das Geld, damit die trügerischen Wünsche überall verschleift werden können. Die Hülfscher stellen z. B. die Zahl der Bataillone einander gegenüber, ohne deren Stärke anzugeben. Ein deutsches Bataillon aber zählt wenigstens 560, ein französisches oder russisches nur 450 Mann, die russischen Reservebataillone sind gar nur 410 Mann stark. Bei einer Vergleichung der Heeresstärke Deutschlands und Frankreichs beim Beginn des Krieges von 1870 zählt man die geringere Zahl von französischen Bataillonen auf, verschweigt aber, daß damals die französischen Bataillone 8 Kompagnien zählten, während sie heute deren nur vier zählen. Bei der Berechnung der Kosten der Landesverteidigung wird, so schreibt die „Freisinnige Zeitung“, sellamer Weise Russland, welches sonst immer zu den Vergleichen herangezogen wird, außer Rechnung gelassen, weil in Russland diese Kosten auf den Kopf der Bevölkerung nur 8 M. betragen, also beinahe um die Hälfte geringer sind als in Deutschland. Bei Angabe der deutschen Kosten sind die Pensionen, welche aus dem Invalidenfonds zahlbar sind, außer Betracht gelassen. Was Frankreich und England anbetrifft, so sind in den angegebenen Kosten für Landesverteidigung auch die Kosten der Marine mit einbegriffen. Verschwiegen wird, daß das englische Heer ausschließlich aus geworbenen Soldaten zusammengekehrt ist und daß neben der finanziellen Belastung daher eine persönliche Belastung durch die Heerespflicht nicht stattfindet. Daß die geworbenen Soldaten aber theurer sind als die Dienstpflichtigen, liegt auf der Hand. Die englischen Kolonien umfassen eine Bevölkerung von über 300 Millionen Menschen. Zum Schutz dieser Kolonialmacht ist nahezu die Hälfte des Landheeres und der größte Theil der Flotte bestimmt. Was aber den Vergleich mit Frankreich anbetrifft, so sind dort infolge des großen Kolonialbesitzes und des hohen Marine-Staats zwar auf den Kopf der Bevölkerung die Kosten der Landesverteidigung größer. In absoluten Zahlen aber hat Deutsch-

land für die Landesverteidigung schon jetzt mehr auszugeben als Frankreich. Das französische Budget für 1892 wußt für Heer und Marine 691 Millionen Mark aus, das deutsche dagegen 727 Millionen. In der Berechnung der Kriegsstärke der Heere ist den Ziffern die Nummerierung hinzugefügt: „nach Durchführung der jetzt bestehenden Wehrgelege“. Es wird aber dabei verschwiegen, daß in Frankreich und Russland diese Durchführung erst im Jahre 1914 erfolgt sein wird, während in den Dreihundskanten die Durchführung der geltenden Wehrgelege in der Hauptsache schon jetzt stattgefunden hat. Die französische Kriegsstärke bezieht sich auf das Jahr 1914 und wird fälschlich berechnet auf der Grundlage einer Aushebung, welche selbst im Jahre 1890 in Frankreich nicht erreicht worden ist. Die russische Kriegsstärke, welche in der Karte auf 4.556.000 Mann besetzt wird, wurde von der deutschen Militärverwaltung im Reichstage noch im Jahre 1890 auf nur 2.379.000 Mann, also auf 2 Millionen geringer geschätzt. In der französischen Kriegsstärke steckt außerdem ein fünfundsamnzigster Jahrgang von Dienstpflichtigen, also von „Großvätern“, während die deutsche Kriegsstärke nur 24 Jahrgänge umfaßt. Die deutsche Kriegsstärke ist um 300.000 Mann zu gering angegeben, weil man nicht, wie bei der Berechnung der Kriegsstärke in Russland und Frankreich, vom jährlichen Ausbildungsaufwuchs ausgeht, sondern von einem ungünstigeren Maßstab der Berechnung, beispielsweise unter Abzug der hinter den letzten Jahrgang der Kriegsdienstpflichtigen zurückgestellten und der außer Kontrolle befindlichen Mannschaften. Selbstverständlich sind diese beiden Kategorien auch in Russland und Frankreich vertreten. Verschwiegen wird auch in der Karte, daß schon die Einübung der zweijährigen Dienstzeit an sich eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke in Deutschland durch Verstärkung der Aushebung um 25.000 Mann eine Verstärkeung des Kriegsheeres um 450.000 Mann mit sich bringt. Noch besonders hervorgehoben wird, daß in der deutschen Kriegsstärke 300.000 „Erfahrereserven“ einbegriffen sind, daß diese Erfahrereserven im Frieden eine fünfmonatliche Ausbildung erhalten, wird verschwiegen. Schamlos ist die Fälschung der Karte, welche die geographische Lage der Kriegsheere veranschaulichen soll. Man hat bei der Karte nur die Einwohnerzahl angegeben, nicht aber den Flächenraum der verschiedenen Staaten. Von dem europäischen Russland ist nur etwa ein Viertel in die Karte eingezeichnet worden; auf dieses Viertel ist aber das angebliche russische Kriegsheer von 4 1/2 Millionen Mann vertheilt, gleichsam als ob Russland, ohne sonst auf seine Verteidigung und den Schutz seines großen Gebietes Bedacht nehmen zu müssen, diese 4 1/2 Millionen Mann über seine Beltgrenze hervorbuchen lassen könnte. Mit schmachwürdigeren Klaffen hat auch das Gesunde Bismarck's nicht gekämpft.

Die Tauglichkeit zum Militärdienste. Die „Hamburger Nachrichten“ veröffentlichten die Zuschrift eines Mannes, der als langjähriger Beisitzer der Erfassungskommission auch diesmal dem Musterungsgeschäfte beiwohnte, bei welchem die Wehrpflichtigen bereits nach den neuen Grundätzen auf ihre Brauchbarkeit für den Dienst bei der Waffe geprüft wurden. Der Verfasser meint zunächst, daß das zahlenmäßige Ergebnis nicht überschätzt werden dürfe. Vor allem falle die beträchtliche Zahl der Kurzsichtigen auf, die heute gegen früher zur Einstellung gelangen würden. Auch die Anzahl der zum Dienst tauglichen Mannschaften mit dem Minimalmaß von 1,54 Meter werde beträchtlich sei. Ebenso sei es mit Plattfüßen, mit leichten Graden von Kropf und Gebirgshals, bei Verschuppelung der Nagelglieder der Finger, bei Bruchanlage und Brustfuß, die bisher fast ausnahmslos der Erfahrungsreserve überwiesen wurden. Dann heißt es:

Wir haben ferner bei dem Musterungsgeschäfte, dem wir anwohnten, bemerkt, daß auf den so wichtigen ausreichenden Brauchumfang und sein richtiges Verhältnis zur Körpergröße des Mannes weit weniger Werth gelegt und Rücksicht als bisher genommen wird, und wir erhielten den Eindruck, als ob das ganze Geschäft von dem Bestreben beeinflusst sei, möglichst recht viele Leute ohne überproportionale Berücksichtigung ihrer körperlichen Verhältnisse zur Einstellung gelangen zu lassen. Es wurde mit einem Wort genommen, was überhaupt kriechen konnte. Dieses Verfahren dürfte überdies durchsichtlich überall befolgt worden sein, und das Heer würde daher mit Durchführung der Militärvorlage, welche der Himmel verhüten wolle, eine Masse von „Kropfzeug“ erhalten, das nur dazu geeignet sein kann, im Frieden nach einigen Anstrengungen die Pazerthe zu fällen und im Kriege bei den ersten Märschen liegen zu bleiben und die Stappenstrahlen und Orte zu fällen. Mit der Einstellung einer starken Anzahl (einige 30.000 Mann) mehr oder weniger bisher nur bedingt tauglicher d. h. krüppelhafter Rekruten ins stehende Heer werden dessen Truppenstärke weder

an Tüchtigkeit noch Selbstgefühl gewinnen. Dem Staate aber würden künftig infolge der Einstellung eines Theiles nur bedingt tauglichen Heeresersatzes vorausichtlich weit zahlreichere und beträchtlichere Invalidenpensionen als bisher zur Last fallen. Der für die dienstunbrauchbar werdenden Mannschaften z. erforderliche Nachersatz würde vorausichtlich künftig weit über 6 pSt. d. h. weit mehr als 6000 Mann der mehr einzustellenden Rekruten betragen.“

Die vorstehenden Ausführungen sucht nun der „Reichs-Anzeiger“ in einem langen Artikel abzuschwächen, nicht zu widerlegen. Denn im wesentlichen läuft die amtliche Darstellung auf den Versuch einer Rechtfertigung der zugegebenen Herabminderung der Tauglichkeitsbedingungen bei der Rekrutenaushebung hinaus. So wird die Herabsetzung der Sehschärfe auf 2/3 der normalen damit begründet, daß ja auch bei den einjährig Freiwilligen bereits diese Sehgrenze praktisch innegehalten worden sei, ohne daß das Heer dadurch Schaden gelitten hätte. Die Herabsetzung des Mindestmaßes von 157 auf 154 cm sei unbedeutlich, da bei anderen Armeen eine ähnlich niedere Grenze besteht: bei der italienischen 155 cm, der französischen (Linie 151, Hilfstruppen 153), bei der österreichischen (stehendes Heer 155, Landwehr 153), bei der russischen 153,2. Während dabei im deutschen Heere die Marschgeschwindigkeit höchstens 114 Schritt in der Minute betrage, steige sie bei den genannten Heeren auf 116 bis auf 120 Schritt. Somit sei jenen Heeren gegenüber auch bei dem deutschen kein Zurückbleiben der kleineren Leute hinter den größeren zu befürchten. Des weiteren wird dann ausgeführt, daß bei leichteren Graden von Plattfuß, Brustkropf, Kropf, Fingererschuppelung, Bruchanlage und so weiter auch früher schon die Einstellung im Heere erfolgt sei. Bei allen diesen minutiösen Eingelassungen übersteigt der offizielle Apologet nur eins: Bei der Aushebung ist der Kommission ein großer Spielraum gelassen hinsichtlich der Abgrenzung der leichten von den schweren Verstärkungen. Wenn nun aus irgend welchen Gründen sich bei den Kommissaren die Hebergrenzung festsetzt, daß zur Erzielung möglichst großer Rekrutenzahlen die Grenze zur Verringerung der schweren Fälle, die eine Einstellung unmöglich machen, zu verschließen sei, dann kommt das praktisch auf eine durchgehende Herabsetzung der Tauglichkeitsbedingungen hinaus. Das ist jetzt geschehen und hat bei der Aushebung den Gewährsmann der „Hamburger Nachrichten“ zu der Ansicht gebracht, daß jetzt alles genommen wird, was nur kriechen kann.

In Sachen der Kontrollversammlungen und den im Bereich des VII. Armeekorps verlesenen Verfügung des Generalkommandos wird laut der „Freis. Ptg.“ die deutschfreisinnige Partei den Sachverhalt vorausichtlich durch eine Interpellation im Reichstage klarstellen, wenn nicht inzwischen in authentischer Weise das Sachverhältnis öffentlich völlig klargestellt wird.“

Richterliche Ungebühr. Das Schöffengericht in Jlmeneau verurtheilte am 9. Februar drei Fortbildungsschüler wegen Besuches einer politischen Versammlung auf Grund einer Ministerverordnung zu je 8 Tagen Haft und in die Kosten. Die Versammlung war eine sozialdemokratische. In dem Erkenntnis des Schöffengerichts heißt es nun:

Der Besuch der sozialdemokratischen Versammlungen durch Fortbildungsschüler hat nach der Bekundung des Wochmeisters Vieß so zugenommen, daß es dringend wünschenswert ist, diesem Unfug durch strenge Strafen zu steuern. Denn es ist zweifellos, daß der Besuch sozialdemokratischer Versammlungen für solche unreife Jurschen höchst verwerlich wirken muß, da ihnen durch die aufrührerischen Reden der Agitatoren Religion, Moral, Achtung vor der Obrigkeit und vor ihren Lehrherren gesellschaftlich durch Lug und Trug aus dem Herzen gerissen wird, damit sie so zu dem zerfallenen, frechen, sittenlosen Gesindel heranwachsen, dessen die Führer der Sozialdemokratie zur Verwirklichung ihrer revolutionären Ideen bedürfen.“

An der Gerichtsöffnung, in der dieses Urtheil gefällt wurde, nahmen theil: 1. Amtsrichter Dr. Wittich als Vorsitzender, 2. Bürgermeister Hermann Völker aus Schmefeld, 3. Fabrikbesitzer Louis Weise aus Jlmeneau als Schöffen, Rammereiverwalter Weisleder als Beamer der Staatsanwaltschaft, Anwärter Böhmel als Gerichtsschreiber.

Die Herren, die dieses Urtheil fällten, haben jedenfalls ganz vergessen, wo sie sich befanden. Sie hatten als Richter parteilos Recht zu sprechen über eine Angelegenheit, für welche eben nur die Angeklagten selbst und niemand sonst verantwortlich zu machen war. Die Richter aber übten dabei so wenig Selbstzucht, daß sie ihre persönliche, durch nichts begründete, von blindem Haß zeugende, partielle Meinung über die Sozialdemokratie in einer Form äußerten, wie sie unserer Ansicht nach nicht einmal an den Richter, geschweige denn in einen Gerichtssaal gehört. Wir überlassen es unseren Lesern, für das Verhalten jenes Gerichts die treffende Bezeichnung zu finden. Eine reiche Blüthenlese zarter Tadelworte finden sie ja in dem von uns gekennzeichneten Urtheil. Die Ohnmacht unserer Widersacher, die durch Ides Schelten auf eine unbegriffene und ingennimmig gebaute große Bewegung den Mangel an Gegenständen vergeblich zu erliegen versuchen, offenbart sich nicht bloß im heigen Kampf des öffentlichen Wortes, sondern auch auf dem Boden, wo das gleiche Recht für Alle seine heiligste Stätte haben sollte, im Gerichtssaal.

Aus dem Reiche des Herrn v. Stephan. Der Ober-Postrath Schulze, Chef der Personalabtheilung bei der Ober-Postdirektion in Berlin und besannt durch seinen Erlaß, betreffend die Auswucherung der Post-Unterbeamteten, hat neuerdings einen weiteren Beweis seines „Wohlwollens“ für die Post-Unterbeamteten an den Tag gelegt.

Bekanntlich wohnt die Mehrzahl der Berliner Posträthe in den Vororten (Charlottenburg, Friedenau, Steglitz, Zehlendorf). Ob aus Gesundheits- oder Sparsamkeitsrücksichten wollen wir für heute nicht untersuchen, sondern nur beiläufig bemerken, daß die Herren Posträthe in Berlin 900 M. Wohnungsgeldschuß beziehen, während die Post-Unterbeamteten mit 240 M. jährlich zufrieden sein sollen.

Auch Herr Schulze wohnt in Charlottenburg, Wilmerdorferstr. 117, obwohl er den erhöhten Berliner Wohnungsgeldschuß von 900 M. bezahlt; aber derselbe Herr Schulze erlaubt keinem anderen Beamten, sei er Ober-Postsekretär, Postsekretär oder Unterbeamter, jenseits der Berliner Reichsgrenze zu wohnen. Und warum nicht? Weil es der

früher, als sie erwartet hatten, wieder zu ihnen. Er hatte keine Bilette gelöst — er hielt es für Andrej unmöglich, sich auf der Station zu zeigen. Dadurch, daß Andrej von dem rothbärtigen Gendarm erkannt wurde — hatte die Jagd viel früher begonnen, als sie erwarteten. Auf der Station war ihm eine Falle gelegt. Es wimmelte dort von Polizei.

Zwei Jurschen in Zivil — augenscheinlich Espione, die ihn kannten — standen zu beiden Seiten des Eingangs, und blickten jedem, der eintrat, unerschämte ins Gesicht. Sie würden ihn, sobald er eintrat, der Polizei bezeichnen, und seine sofortige Festnahme war unaussprechlich.

Watajso hatte daher das Gepäck im Wartesaale niedergelegt und schlug ihnen einen andern Ausweg vor, aus der Stadt zu entkommen. Sie sollten mit einem Wagen nach der nächsten Station fahren und dort ein Bilet nehmen. David sollte sich hinbegeben, und falls die Luft nicht rein wäre, sie warnen.

„Warum hast Du aber für Gregor kein Bilet genommen?“ fragte Andrej. „Er läuft keine Gefahr, denk ich. Es liegt kein Grund vor, warum er hier bleiben sollte.“

Das war ganz richtig. Watajso hatte daran nicht gedacht. Es war indeß noch Zeit und Gregor konnte, wenn er wollte, noch leicht mit dem Zuge mitkommen.

Gregor weigerte sich jedoch entschieden. „Wir haben beschlossen, die Reise zusammen zu machen, und ich sehe nicht ein, weshalb ich nicht ebenio wie Du von der nächsten Station aus meine Reise fortsetzen kann.“ Andrej, der diesmal keine Lust zeigte, sich mit ihm in Wortwechsel einzulassen, sagte:

„Gut. Laß uns dann zusammen gehen.“ Er war zerstreut und niedergeschlagen und schenkte den Vorgängen um ihn herum nur wenig Aufmerksamkeit. Sein Besuch im Gefängnis und der Brief hatten das Chaos, welches schon durch die letzten Ereignisse in seinem Innern herrschte, noch vermehrt. Gedanken und Zweifel erfüllten ihn derart, daß er unfähig war, seinen Weg klar vor sich zu sehen.

Eine Zeit lang schritten die drei mit einander, und Watajso erklärte, wo sie Pferde bekommen und wie sie Zeit sparen könnten.

„Wenn Ihr nichts dagegen habt, die Reise zu Fuß zu machen, so wird es vielleicht schneller gehen und auch sicherer sein. Die erste Station liegt vielleicht fünf Wegstunden von hier entfernt.“

Sie billigten diesen Vorschlag — besonders Gregor. „Wie steht es aber mit unserer Kleidung?“ fragte er. „Herrn gehen nicht zu Fuß, und um Bauerkleider zu erlangen, müssen wir bis morgen warten.“

„Vielleicht kann ich noch heute Abend für Euch beide Kleider bekommen“, sagte Watajso. „Ich kann die Brüder Schigajew, zwei mit bestreudete Zimmerleute, darum ersuchen.“

Der Gedanke war sehr gut, da er ihnen gestattete in der Frühe des nächsten Morgens fortzugehen. Watajso machte sich sofort an die Ausführung seines Auftrages.

Gegen Mitternacht kehrte er nach der Wohnung, in der Andrej und Gregor die Nacht zubrachten, mit einem großen Bündel zurück. Er hatte alles zur vollen Zufriedenheit geordnet.

Die beiden Brüder sandten Andrej und seinem Freunde ihre Grüße und wünschten ihnen eine glückliche Reise.

Das Bündel enthielt zwei vollständige Baueranzüge, dem die Brüder noch zwei Linnenäcke mit verschiedenen Gegenständen, wie sie reisende Zimmerleute gewöhnlich tragen, hinzusetzt hatten. Uebrigens — und dies war das Werthvollste — hatten sie Andrej und Gregor ihre eigenen Kasse geliehen, wodurch sie einen sehr wirksamen Schutz gegen die Polizei sich verschafften, falls diese ihre Identität bezweifeln sollte.

Andrej bat Watajso den Brüdern herzlich zu danken und ihnen zu versprechen, daß sie ihre Kasse einen Tag, nachdem sie St. Petersburg erreicht hatten, zurückhalten würden.

„Das hat nicht so große Eile“, sagte Watajso. „Einen Paß wenigstens, den von Philipp, dem älteren Bruder, könne Ihr so lange behalten, als Ihr ihn braucht. Er paßt sehr gut für Dich, und Philipp würde sich nicht scheuen, um Feinerwillen in eine Klemme zu kommen. Er scheint Dich liebgewonnen zu haben.“

„Wie? Ohne mich gesehen zu haben? Das klingt sehr romantisch“, sagte Andrej lächelnd. (Fortf. folgt.)

Dienst nicht gestattet? O bewahre, die Berliner Postämter haben wiederholt berichtet, daß der Dienst darunter nicht leidet, indem die vielen Stadt- und Ringbahnzüge von 4 1/2 Uhr früh bis 12 Uhr Nachts verkehren. Herr Schulze erlaubt es einfach „grundsätzlich“ nicht, obwohl ihm die nachstehende Bestimmung der Allgem. Postdienst-Anweisung, Abschr. X, Abth. 2, § 15 bekannt sein muß:
„Will ein Postbeamter ausnahmsweise an einem andern Orte als an seinem Amtsorte wohnen, so bedarf er hierzu der Genehmigung der Ober-Postdirektion. Die Genehmigung darf nur auf Widerruf und nur für den Fall erteilt werden, daß für den Dienst voraussichtlich keine Unzulänglichkeiten entstehen werden.“

Nun, Herr Schulze erteilt nicht einmal eine Genehmigung auf Widerruf; er geht in seinem „Wohlmollen“ noch viel weiter. Man höre! Da einzelne Beamte, die nicht zu den Postämtern gehören, ihre Familie aus Gesundheitsrücksichten jenseits der Berliner Reichsbildgrenze wohnen lassen und für sich in Berlin nur ein möbliertes Zimmer gemietet haben, so hat Herr Schulze nicht nur die betreffenden Beamten amlich auffordern lassen, ihren Haushalt binnen 4 Wochen nach Berlin ganz zu verlegen, sondern auch die beteiligten Postämter angewiesen, über die betr. Beamten u n a u s g e h t z u m a c h e n; einen Postsekretär ist sogar eine Verlegung nach Charlottenburg und dadurch eine Gehaltschädigung von beinahe 800 Mark angedroht worden, wenn er seine Familie nicht nach Berlin ziehen lassen sollte. —

Die Berufungsfrage. Zur Frage der Berufung gegen die Urtheile der Strafkammern und namentlich auch darüber, ob die Berufung an besondere Berufungskammern der Landgerichte oder an die Oberlandesgerichte erfolgen solle, haben sich nunmehr auch die sämtlichen preussischen Landgerichte geäußert. Wie ein Gerichts-Berichterstatter meldet, ist dabei gegen die Notwendigkeit der Berufung nirgends ein Einwand erhoben worden. Mit nur sehr wenigen Ausnahmen ist auch die Berufung an die Oberlandesgerichte als die vortheilhafteste Maßregel anerkannt worden. Nach derselben Quelle dürfte in der nächsten Parlamentsession eine Vorlage in diesem Sinne eingebracht werden. —

Militärische Preispolitik. Unter dem 19. d. M. hat, wie der „Vollk-Zeitung“ aus Gumbinnen geschrieben wird, das dortige Provinzamt folgende Bekanntmachung erlassen: „Das Provinzamt Gumbinnen hat den Roggenankauf wieder aufgenommen und zahlt die möglichst höchsten Preise. Das Provinzamt zahlt jedenfalls höhere Preise, als die Kaufleute anlegen können, deshalb ist es für die Herren Vorkäufer, ihre Roggenüberschüsse an das Provinzamt zu verkaufen. Die Herren Ortsvorstände werden gebeten, Vorkäufern den Ortseingekessenen bekannt zu machen.“ Die Steuerzahler, denen der Militarismus schon an Kopf und Krone geht, werden entzückt darüber sein, daß die Heeresverwaltung nicht so wohlfeil wie möglich einzukaufen sucht, sondern auf den Vortheil der „Herren Vorkäufer“, der Junker und Junkerengenossen, gar so eifrig bedacht ist. Wir haben heidenmäßig viel Geld für die „Herren Vorkäufer“, gerade als ob die Hölle nicht schon die Getreidepreise künstlich hochhielten. —

König Stumm hat einen neuen Presklaus erlassen. Den Arbeitern in Reumkirchen, die dem Fabrikanten frohnden, ist das Lesen des antisemitischen „Vollkblatts“ verboten worden. Diese Zwangsmaßregel zeugt von derselben unerbittlichen Gesezesverachtung, wie die früheren Heidenheiten des Stumm, für den staatsbürgerliche Rechte ein leerer Schall sind. Die organisierten Arbeiter übrigens werden mit dem antisemitischen Tratsch sich nicht befassen. —

Zu Kulturkampf macht schon wieder die Tante Popsie spricht von den kirchenpolitischen Zuständen, die Caprioli dem Zentrum im Kuhhandel um die Militärvorlage gewähren könne und bekämpft so dann:

„Wäre die Reichsregierung zu solchen Zuständen bereit, so würde ein Kampf eröffnet, länger und leidenschaftlicher als jeder Kampf um die Militärvorlage. Denn wie einst der Kulturkampf die deutsche Nation in ihrem Innersten erregt hat, so müßte eine weitere Nachgiebigkeit gegen die Clerical das gesammte Bürgerthum, das an der Gesezesfreiheit festhält, gegen den neuen Kurs in die Schranken rufen.“

Der kulturfeindliche Kulturkampf ist ein Köder, auf den nur die Gründlinge des ödesten Philistertums anbeißen, dem deutschen Volke ist der Haber zwischen protestantischen vereinlichen und konfurierten Pfaffen durchaus gleichgültig. Und wir bekämpfen alle Ausnahmeseze, also auch das Jesuitengesez, das ja den Hauptgegenstand eines Schachergeschäfts zwischen Regierung und Ultramontanen bilden würde. Wie das „gesammte Bürgerthum“, d. h. die verlorrente, knochelsteige Bourgeoisie „an der Gesezesfreiheit festhält“, hat die Geschichte des letzten Vierteljahrhunderts gar herrlich offenbart: Preisgabe der Volksrechte, Sozialgesez, Katholikengesez, das ist die „Gesezesfreiheit“. Freiheit von Geiszt muß es heißen. —

Graf Hoensbroech's Schrift über den Jesuitenorden ist erschienen. Zum mindesten ist das Maiheft der „Preussischen Jahrbücher“, worin die Arbeit veröffentlicht ist, der „National-Zeitung“ zugänglich gemacht worden. Sie giebt heute daraus eine Reihe von Auszügen, in der Absicht, gegen den Zentrumsantrag, betr. die Aufhebung des Jesuitengesezes, Stimmung zu machen. Daß sie mit solchen „ollen Kamellen“ wohl überzugen will, daß jenes Ausnahmesez fortbestehen dürfe? Hoensbroech schildert die zum Kadaver-Gehorsam bewillende Erziehungskunst der Jesuiten. Aber diese Art der Pädagogik ist schon bekannt genug, Hoensbroech hat die Dinge bereits im Februar d. J. in der „Kreuz-Zeitung“ anonym geschildert, und — sie ist kein Monopol der Gesezgebung Jesu. In der Kaserne, im Kadettenhaus, in der Bureaunkasse, im öffentlichen Leben, überall sucht die Reaktion, mag sie katholisch oder lutherisch sein, den beschränkten Unterthanenverstand, die gegenseitige Ueberwachung, die willenlose Unterordnung unter die Autorität der Herrschenden zu züchten. Im Klassenstaat ist der „Jesuitismus“ oberstes Gesez der Volkserziehung. Wir bekämpfen jedes Zwangsgesez gegen den Jesuitenorden; der beste Schutz gegen die Jesuiten aller Bekanntheit ist die Aufklärung der Massen. Wenn Hoensbroech dem Jesuitenorden ferner vorwirft, er sei nicht „national“ und „monarchisch“, so haben wir über diese Frage uns schon ausgesprochen: Jesuitismus und Kapitalismus kennen keine

Grenze und passen sich allen Staatsformen an, sobald es sich um den Profit handelt. —

Nochmals Herr Dige. Auf unsere Replik antwortet die „Kölnische Volks-Zeitung“ mit einem neuen Artikel, auf den näher einzugehen kein Anlaß vorliegt. Es ist überflüssig, das einmal Gezagte nochmals zu wiederholen. Nur etwas Tatsächlichliches sei mitgeteilt. Der parlamentarische (geistliche?) Wortführer der „Kölnischen Volks-Zg.“ schreibt: „Der Hauptvorwurf, welcher Herrn Dige jetzt gemacht wird, ist, daß er Verfasser der Schrift „Das häusliche Glück“ sei. Der Vorwurf läßt sich ertragen; denn die genannte Schrift ist eine sehr verdienstliche und als solche von den verschiedensten Seiten, allerdings nicht von sozialdemokratischer Seite, anerkannt. Sie hatte bereits im Jahre 1890 15 Auflagen erreicht und war in's Polnische, Französische, Holländische und Böhmische übersetzt. Tatsächlich ist aber Herr Dige nicht der Verfasser der in Rede stehenden Schrift; er hat nur der Kommission des Verbandes „Arbeiterwohl“ angehört, welche mit der Herausgabe betraut war, und kann für Einzelheiten nicht verantwortlich gemacht werden.“ Für Tendenz und Gesamthalt hastet Herr Dige aber, und ist er wirklich nicht der Koch, der die von uns beschriebene Bettelbrosche angerichtet hat, so trägt er als chef de cuisine der katholischen Sozialpolitik, als ihr Oberflächenmeister, die Verantwortlichkeit. Zum Schluß sei festgestellt, daß unsere sanfte Mahnung, der Mitarbeiter der „Kölnischen Volks-Zeitung“ möge sich vor ungeschicklichen persönlichen Anspielungen hüten, gewirkt hat. Sein jüngster Beitrag ist sachlich gehalten. —

Zeichen der Zeit. Im „Bayrischen Vaterland“ liest man: „Die hochwürdigen Patres Kapuziner haben die zwischen Alt- und Neuditing gelegene Riedische Villa angekauft. Sie beabsichtigen dortselbst einen größeren Güterkomplex zu erwerben. Erst jüngst hat ein Herr Vater geäußert: „Geld bekommen wir, so viel wir wollen, und bessere Zeiten als die jetzigen können wir uns gar nicht wünschen, da uns aus Furcht vor den Sozialdemokraten alles, was wir zu unternehmen gedenken, von Oben bereitwillig gestattet wird.“ Wir trennen uns aufrichtig über diesen Vorgang, dessen schlichte Ursprünglichkeit den besten Beweis liefert für die schnellen und bedeutsamen Fortschritte der Arbeiterbewegung. Freilich, alle Kapuziner und Kapuzinerinnen der Welt helfen nichts wider die „Kothen“, und stünde der schlagfertig-wichtige Ulrich Megele, der Abraham a Sancta Clara aus seiner Wiener Gruft wieder auf, sein „Heiße Juchheißa“ verklänge wirkungslos. —

In Zürich haben die Sozialdemokraten bei der Erneuerungswahl zum Kantonsrath mehrere Siege neu erobert. Auch Robert Seidel, Redakteur der „Arbeiterstimme“, wurde gewählt. —

Belgien. Folgende Zahlen führen eine herabde Sprache. Die innere Stadt Brüssel — ohne Vororte — zählt 180 000 Einwohner, von denen 52 000 weder des Lesens noch des Schreibens mächtig sind. Die Hauptstadt Brüssel gilt als die belgische Stadt, in der der Volksschul-Unterricht am besten eingerichtet ist! Trozdem gehören 30 pCt. seiner Einwohner zu den Analphabeten, d. h. solchen, die weder lesen noch schreiben können. Noch viel schlimmer steht es in den Brüsseler Vorstädten; so weist die Residenzstadt Laeken bei einer Einwohnerzahl von 25 000 Personen nicht weniger als 11 000 des Lesens und Schreibens unkundige Einwohner auf. Hier erreicht die Zahl der Analphabeten sogar 45 pCt. der Gesamtbevölkerung. Man kann sich jetzt vorstellen, wie es in den Dörfern aussieht. Und bei einem solchen fast ungläublichen Zustande der Volksunwissenheit weigert sich die liberale Regierung, nicht bloß den obligatorischen Volksschul-Unterricht einzuführen, sondern meint sogar, daß noch zu viel Schulen im Lande sind! —

Die Cholera-Konvention. Die Hauptpunkte der auf der internationalen Sanitätskonferenz zu Dresden beschlossenen Cholera-Konvention besagen, wie Wolff's Telegraphen-Bureau aus London meldet: Die Konvention verpflichtet jede Regierung, den anderen Regierungen den Ausbruch der Cholera mit Angabe des Ortes und des Umfanges derselben anzuzeigen. Das Verbot der Ein- und Ausfuhr richtet sich nur gegen solche Artikel, welche vermuthlich die Träger des Krankheitsstoffes sein können. Die Zahl der durch dieses Verbot betroffenen Artikel ist eine geringe. Unter gewissen Verhältnissen ist es den Sanitätsbeamten gestattet, die Desinfizierung der Kleider der Reisenden zu verlangen. — Die Konvention dürfte innerhalb der nächsten Tage von dem englischen Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Rosebery, unterzeichnet werden. Die Vorschläge, welche die englischen Delegirten auf der Sanitätskonferenz gemacht haben, finden sich in der Konvention im allgemeinen berücksichtigt. Dagegen wünscht Frankreich eine neue Konferenz in Paris zu veranstalten, um dieselbst auch Maßregeln gegen die Einschleppung der Cholera nach Europa durch die indischen Pilgerzüge nach Mekka zu verabreden. —

England. Dem Unterhause ist eine Vorlage über die Arbeitszeit der Eisenbahnbefiensteten zugegangen.

In der letzten Sitzung des Unterhauses erklärte der Schatzkanzler Harcourt, das anhaltende Wachsen der Einkommensteuer sei ein unzweifelbares Zeugniß für das rapide Steigen des Einkommens und des Kapitals, sowie die schlagendste Antwort auf die Behauptung der pessimistischen, daß England durch ein schädliches Handelssystem ruinirt werde. . . . Obwohl zeitweilig auf den Handelsverhältnissen ein Druck laste, gebe es ein anhaltendes Anwachsen des Wohlstandes und der Hilsquellen des Landes. D. h. die Bourgeoisie wird reich und reicher. Die Arbeiterklasse ist aber an diesem betauschenden Wachsthum des sogenannten „National“-Wohlstandes nicht betheiligt. —

Serbische Staatsstreicher und deutsche Jobber. In einem Artikel des Börsenblattes „Aktionär“ vom 16. April liest man, der Name des neuen serbischen Finanzministers Butsch habe wegen der Verbindungen dieses Wackeren „mit der deutschen und österreichischen Finanzwelt“ einen „guten Klang“. Dann heißt es: „Herr Butsch galt übrigens noch bis zuletzt als der Agent der Berliner Handelsgesellschaft in Belgrad, und dieser Umstand erklärt es wohl auch einigermaßen, daß das Berliner Justizamt, wie es den Anschein hat, von den kommenden Ereignissen frühzeitig als alle Welt sonst bekannt erhalten und darauf hin operirt hat. Auf diese Art und Weise dürfte sich Herr Butsch jedenfalls schon seinen Minister-

gehalt gesichert haben.“ Bei den Revolutionen von Oben schöpfen die revolutionären Staatsmänner in halber Gemeinschaft mit den Bankrotten, Spekulanten und anderen Stützen von „Bildung und Besitz“ den süßen Rahm ab. Einbringliche Kenntniß wichtiger Staatsereignisse gewährleistet einen überraschend glücklichen Griff in Börsengeschäften. So zu beobachten außer in Halboffen auch in Deutschland. Und schon die Wissenschaft davon, daß ein „Kalter Wasserstrahl“-Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erscheinen werde, hat, wie sich dieser Tage erst wieder gezeigt, den künftigen Börsianern reichen Gewinn gebracht. Es giebt gar manche Kanäle zwischen Diplomatie, offizieller Presse und Börse. Autorität ersten Ranges ist hierin der Einsiedler von Friedrichruh. —

Parteinachrichten.

Gegen die Militärvorlage wurde am 26. März in Oskrow eine polnische Volksversammlung abgehalten, die von Arbeitern und Handwerkern zahlreich besucht war. Einer unserer polnischen Parteigenossen referirte. Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden erklärte, den polnischen Reichstags-Abgeordneten wegen ihrer Haltung in der Militärfrage, sowie auch wegen der sonstigen Haltung ihre Mißbilligung ausdrückte, dagegen der Sozialdemokratie herzlichsten Dank ausdrückte für ihre Vertheidigung der Arbeiterinteressen.

Waiseler. In Surfeld im Kreise Solingen wird die Feier am 30. April abgehalten; ebenso in Schweda O., wo das Fest durch einen Ausflug nach dem Wäldchen Heinrichsruh gefeiert wird. — Der Wahlverein in Hilbel (Hessen) hält die Feier am 30. April ab.

In Leipzig ist der Festzug nach Stötterich natürlich auch verboten worden; es findet deshalb ein zwangloser Ausflug nach dem Festplatze statt.

Am die Parteigenossen in Westpreußen. Auf Beschluß des in Elbing abgehaltenen sozialdemokratischen Parteitages für Westpreußen ist hier ein sozialdemokratisches Agitations-Komitee für Westpreußen gebildet worden. Aufgabe des Komitees ist, die Agitation in der Provinz zu fördern und gleichzeitig die Leitung der Vorbereitungen zu den Wahlen in die Hand zu nehmen.

Danzig, im April 1893.
Das sozialdemokratische Agitations-Komitee für Westpreußen.

J. A.: Gustav Dingen, Pögnenpfuhl 46.

Von der Agitation. In Bern sprach Steblrecht in einer stark besuchten Versammlung über den gegenwärtigen Staat und die sozialistische Gesezgebung. Die bürgerliche „Zürcher Post“ berichtet darüber: „Steblrecht wurde enthusiastisch begrüßt und seine Rede, welche 1 1/2 Stunden dauerte, wurde mit größter Spannung verfolgt. Begeisterter noch als die Begrüßung war der Beifall, welcher dem Redner am Schluß seiner Ausführungen gezollt wurde, wobei sich keinerlei Zeichen der Opposition geltend machte.“

Am Sonntag verbreiteten die Leipziger Genossen ein Flugblatt, um der Einwohnerschaft die nöthigen Anweisungen zu geben, was zur Erwerbung der sächsischen Staatsangehörigkeit und des Leipziger Bürgerrechts gebraucht wird. Im Herbst finden bekanntlich die Landtagswahlen und im Dezember die Stadtverordnetenwahlen statt.

In Schleswig hielten die Freisinnigen am 15. April eine Wähler-Versammlung ab, die gegen früher verhältnismäßig schwach besucht war. Gegenstand der Verhandlungen war die Militärvorlage, worüber ein Herr Lange referirte. Der sozialdemokratische Reichstagskandidat für Schleswig, v. Elm aus Hamburg, beleuchtete dann die Schwächen der freisinnigen Partei, was den Herren vom Bureau so wenig behagte, daß sie plötzlich die Versammlung schlossen. Dies wurde selbst von Mitgliedern der freisinnigen Partei als eine Blamage empfunden. Jedenfalls ist es mit der Oberherrschaft des Freisinn in Schleswig zu Ende, seine Erbschaft tritt die Sozialdemokratie an.

Ueber die körperliche Nüchternheit des Pastors Iskraut durch konservative Genußer brachte die „Kreuz-Zg.“ einen Bericht, der so lächerlich tendenziös abgefaßt war, daß sich zehn gegen eins wetten ließ, er sei von dem Empfänger der konservativen Diebe selbst abgefaßt worden. Die uns nun aus Bielefeld mitgetheilt wird, steht das außer Zweifel. Iskraut ist seit längerer Zeit, wie gerichtskundig feststeht, Korrespondent der konservativen Presse, und da die Soelbame „Kreuz-Zg.“ für ihn bisher nur liebes und gutes übrig hatte, so ist sicher, daß der Knäppler zu ihr in dem Verhältnis eines Korrespondenten steht. Bemerklich mag noch sein, daß das bürgerliche Blatt „Der Wächter, Bielefelder Zeitung“ den auch vom „Vorwärts“ wiedergegebenen Bericht der „Bielefelder Volkswacht“ als im großen und ganzen für richtig erklärt. Bei der ordinären Kampfesweise Iskrauts — bemerkt das Blatt — sei es nicht zu verwundern, daß auch den konservativen Landweiden der Geduld-saden reißt und sie — Wuth wider Wuth — dem Schwärzer den Mund stopfen wollen“. Auch die Bemerkung: „Es ist um jeden Schlag schade, der daneben geht“, habe man hören können.

Todtenliste der Partei. In Sättö (Ungarn) ist der Parteigenosse Peregrin Wagner gestorben; in Geringswalde (Sachsen) der Tischler Emil Duhn.

Politikalisches, Gerichtliches etc.

Vor der Strafkammer in Frankfurt a. M. hatte sich der Redakteur der „Vollkstimme“, W. Hoch, wegen eines Artikels zu verantworten, in dem zum Ungehorsam gegen Gesez angeordnet und in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthatigkeiten angereizt sein sollen. Der betr. Artikel enthielt den Entwurf einer Prinzipien-Erklärung der „Unabhängigen“ und die folgende von Hoch daran angeknüpfte Bemerkung: „Dieser Entwurf — über dessen Wahrheit wir nicht sprechen wollen, da es sich ja erst um einen Entwurf handelt — zeigt, daß die „Unabhängigen“ einen prinzipiellen Gegensatz zu unserem Programm nicht haben finden können.“ Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängniß und sofortige Verhaftung. Das Gericht erkannte auf kostenlose Freisprechung. In dem Artikel seien nur im allgemeinen Forderungen ausgesprochen, dadurch werde aber niemand zum Ungehorsam angefordert oder zu Gewaltthatigkeiten angereizt. — Außerdem kam noch die Berufung Hoch's gegen ein Urtheil des Schöffengerichtes zur Verhandlung. Hoch soll einen Wächtermeister und einen Schutzmann durch einen Artikel in „Vollkstimme“ beleidigt haben, und war in erster Instanz zu 30 M. Geldstrafe und den Kosten verurtheilt worden. Das Gericht verwarf die Berufung.
— Wegen Beleidigung des österreichischen Parlaments muß der Parteigenosse Schabmeier in Wien fünf Tage in Arrest. Er hatte, wie ein Polizist gehört haben will, in einer Rede dem Parlament sieben lauter Schacherer und Mozler.
— Wegen Verbreitung der Broschüre „Zukunftstaat und Sozialdemokratie“ ohne postheilige Erlaubniß soll der Parteigenosse J. Kleinberger in St. Louis 30 M. Strafe zahlen. Wegen diesen Entschid des Amtsgerichts zu Coblenz ist Berufung eingelegt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater. Mittwoch, den 26. April. Opernhaus. Der Ring der Nibelungen. Neues Theater. Gastrecht. Meister Wert Westfaler. Die wachsame Schildwache. Die ehrlich Bäckin mit ihren drei vermeinten Liebsten. Deutsches Theater. Der Talisman. Berliner Theater. Viel Lärm um Nichts. Lessing-Theater. Helmath. Wallner-Theater. Der Probepfeil. Proll's Theater. Mala vita. Residenz-Theater. Die Jugend. Adolph Ernst-Theater. Goldlotte. Friedrich-Wilhelmstäd. Theater. Mamselle Mitouche. Thomas-Theater. Der Herzogsmüller. Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen. National-Theater. Die Braut von Messina. Alexanderplatz-Theater. Zimmermann's Bene. Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Varieté. Spezialitäten-Vorstellung. Gebrüder Richter's Varieté. Spezialitäten-Vorstellung. Adolph Ernst-Theater. Zum 25. Male: Goldlotte. Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets teilweise v. G. Görs. Musik von G. Staffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Der Sommer-Garten ist geöffnet.

American-Theater. Anfang 8 Uhr: Der Dussel (Nulpus) Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Lofstoi von Oscar Wagner. (Klemm-Edel, Martin Bondix.) Alfred Bender in seinem neuesten Originalvortrag Der Volksmund in Berlin. Instrumentalist Deller. Unser Helgoland.

Castan's Panopticum. Große Ausstellung. Akka-Zwerginnen. Neue Illusion: Lotusblume. Andere Illusionen. Fantoche-Theater. Castan's Irrgarten. Schreckenkammer.

Passage-Panopticum. Im Theater-Saal: Neu! Lebende Bilder.

Kaufmann's Variété Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. Neu! Die lustige Schwiegermutter. Komische Pantomime mit Ballet in 1 Akt. Ausgeführt v. d. Pantomimen-Gesellschaft Diovanio, sowie Auftritte von 12 Berlin neuen Spezialitäten. Anfang: Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf.

J. Semmel, Oranienstr. 55, am Moritzplatz. pr. Zahn-Arzt. Spr. 8-6. Sonnt. 9-1. Teilzahlung gestattet.

Circus Renz.

(Karlsruhe.) Mittwoch, den 26. April. Zum Benefiz für den Schutzeiter Mr. Gaberel. Gala-Vorstellung. Aus dem Programm besonders hervorgehoben: Zum 1. Male: Mr. Gaberel mit dem von ihm neu dressierten Schulpferde Prinz Bolero, geritten von Fräulein Oloilde Hager und Herrn Gaberel. 6 Springpferde, vorgeführt vom Direktor Renz. Gr. Tromplinsprünge, ausgeführt von den besten Springern der Gesellschaft etc. Zum Schluss: Die lustigen Heidelberger. Große Ausstattung - Pantomime. Morgen, Donnerstag, Ab. 7 1/2 Uhr: Die lustigen Heidelberger. Abschieds-Vorstellung am 2. Mai. Billet-Verkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidentenk“, Marktgrafenstraße 51a. Fr. Renz, Direktor.

Rheinländischer Tunnel genannt: Die seltene Hagelkiste. Berlin N, Elsasserstrasse 73. Neu! Neu! Die Möbel-Polonaise! oder: 4070L Weber hat'n Kieber, an der Lunge, an der Junge, an der Leber! Vorträge der berühmten Gesangsvereine „Halbe Lunge“ und „Keuchhusten“. Vorzügliches Lagerbier der „Schöneberger Schloßbrauerei“ à Seidel 10 Pfennige. H. Schultze (mit'n H). (Notiz: Rang uns mang is kleiner nich mang, der nich mang uns mang jehört.)

Moritz-Platz. Etablissement Moritz-Platz. Buggenhagen. Täglich: Instrumental-Konzert. Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Anschank von Vahnhof's Lagerbier, hell und dunkel. An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt. Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Maitrank Flasche 60 Pfg., 10 Fl. 5,50 Mk. Spiritus Liter 52 Pfg. Himbeersaft (ohne Starkeisyrup), 4088L 2tr. 1,50 Mk. Franz Beyer, Chaussee-str. 103. Sammlt. Weine zu Engrospreis. Bringt den Genossen mein neues Lokal bei Begräbnissen, Ausflügen etc. in empfehlende Erinnerung. Garten mit 2 Kegelbahnen steht zur Verfügung. Ein Klubzimmer habe noch zu vergeben. 4075L E. Schmidt, Rixdorf, Hermannstr. 23, früher in Lorgelow in Pommern. Empfehle in meinem neu eingerichteten Restaurant für Klubs etc. Vereinszimmer. Schulfleiß-Bier à Glas 10 Pf. Gute Weize 20 Pf. 4012L Gerichtstr. 2, an der Grenzstraße.

Niott's Fest-Säle, Weberstr. 17, Weberstr. 17. Ein Sonnabend im April Umstände halber frei geworden. Empfehle zu Versammlungen. 3944L Vereinszimmer mit Pianino, 70 bis 80 Pers. fassend, zu vergeben. Hasenhaide 58. Jeden Mittwoch: Frische Grühwurst. E. Laefer, Schlächtermstr., Oranienstr. 2a. 3569b

Konkursmassen-Ausverkauf. Das gesammte Waarenlager aus der Otto Röder'schen Konkursmasse, bestehend aus Herren-, Damen- und Kinderhüten, Stiefeln, alles moderne und reelle Waaren, sollen 41, Auguststr. 41, an der Rosenthaler-Strasse, zu fesseln und sehr billigen Tagespreisen von 9-1, 2-8 Uhr täglich schleunigst ausverkauft werden. Die Verwaltung.

Täglich Jungbier-Verkauf à Liter 10 Pfg. Kolden, Waggelheimerstraße 3. 4095L

Alle diejenigen Säger, welche gewillt sind, sich den drei Vereinen Genesfelder, Steinmühen und Gemüthlichkeit anzuschließen, um am 1. Mai im Feenpalast mitzuwirken, werden ersucht, Sonntag früh zur Probe im „Feenpalast“ pünktlich zu erscheinen. 570/9

Ein munterer Sozialdemokrat ist angekommen. 35056 Eduard Müller nebst Frau, geb. Sülz. Todes-Anzeige. Allen Freunden und Genossen die traurige Mittheilung, daß unser Sohn Max Kolasinski am 25. d. M. früh 8 1/2 Uhr, im Alter von 5 1/2 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet den 27. April, Nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Marlsru. 42, nach dem Friedhofe in Friedrichsfelde statt. 8559b Die tiefbetrübten Eltern.

Todesanzeige. Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Cigarrenhändler Paul Seifert am 24. d. M., Nachts 2 Uhr, nach kurzem Krankenlager im 44. Lebensjahre gestorben ist. 8567b Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. d. M., Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Elisabethkirchhofes, Prinzen Allee, aus statt. Um stille Theilnahme bittet Wilhelmine Seifert nebst Kindern.

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß am Sonntag, d. 23. April, Abends 10 Uhr, mein Vater, der Maurer Wilh. Hackelbusch an der Proletarierkrankheit verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27., Nachmittags 7 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schöneberger-Kirchhofes aus statt. 8563b Die Hinterbliebenen Paul Hackelbusch nebst Mutter.

Danksagung. Für die zahlreichen Beweise der Theilnahme bei der Beerdigung meines Mannes sage ich allen Freunden, Kollegen und Berufsgenossen, insbesondere dem Gesangsverein „Kaiserlicher Männerchor“ meinen tiefen Dank. Die trauernde Ww. Oldach.

Freie Volksbühne. Die Mitglieder der in der Generalversammlung erwählten Kommission zur Veranstaltung eines Sommerfestes werden bittlich gebeten, am Freitag, den 28. April, Abends 9 Uhr, im Restaurant „Alte Post“, Weichstraße 21, zu einer Sitzung zu erscheinen. 380/13 Der Vorstand.

Gravenre! Ziselerre! Gents Mittwoch, den 26. d. M., Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung Grüner Weg 29 bei Saeger (am Indrenkplatz). Tages-Ordnung: 1. Geschäftsliches. 2. Vortrag des Gen. Rehner über „Die Ethik der heutigen Gesellschaft“. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 167/7 NB. Morgen, 27. d. M., Ab. 8 1/2 Uhr, nochmalige Wahlversammlung der Ortskasse der Gravenre etc. Es ist unbedingte Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Der Vorstand.

Verein für volksthümliche Kunst. Auf verschiedene Anfragen erklärt der Vorstand, daß der Verein mit den Aufführungen ähnlich benannter Vereine nichts zu thun hat. Der Verein führt nur obigen Namen. 364/8 Der Vorstand.

Achtung! Forme! Die Vertrauensleute des Südens werden gebeten, am Donnerstag, den 27. d. M., Abds. 9 Uhr, zu einer wichtigen Sitzung am besagten Orte zu erscheinen. 154/7

Genossen, welche geneigt sind, zur Aufklärung einen Leseklub beizutreten, können sich jeden Donnerstag, Abends 9 Uhr, bei Gieshoit, Bogenstr. 40 melden. 198/3 Leseklub „Neue Zeit“. Charlottenburg, Berlinerstrasse 76 am Wilhelmplatz. 1000 Regenmäntel 3 1/2 Mark. 500 Jaquets 3 1/2 Mark. 250 do. auf Seide 5 Mark. 1000 Umhänge, Spitzencape in Seide u. Woll. 3891L Knaben- und Mädchensachen

1. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Montag, den 1. Mai 1893: Große Maifeier im Feenpalast, Burg- und St. Wolfgangstraße, bestehend in Vokal- und Instrumental-Konzert unter Mitwirkung der Gesangsvereine „Genesfelder“, „Steinmühen“ und „Gemüthlichkeit“ (Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes). Um 9 Uhr: Festrede des Genossen Alwin Gerisch. Um 10 Uhr: Eine kürmische Reichstagsführung im Zukunftsstaate. Dramatische Szene frei nach Eugen Richter. Von C. M. Sokrois. Anfang 3 Uhr. Billets 30 Pf. Tanz 30 Pf. Jeder Theilnehmer erhält beim Eintritt die Maifest-Zeitung gratis.

3. Wahlkreis. Hasenhaide. Neue Welt. Hasenhaide. Montag, den 1. Mai 1893: Grosse Maifeier für den 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Vokal- und Instrumental-Konzert unter Mitwirkung mehrerer Gesangsvereine. Auftreten verschiedener Spezialitäten. — Gr. Feuerwerk. Um 8 1/2 Uhr: Festrede, gehalten vom Reichstagsabgeordn. Bebel. Anfang des Konzerts 4 Uhr. Billet 30 Pf. Beim Eintritt erhalten alle mit Billets versehenen Personen die Maifest-Zeitung gratis. Billets sind bei folgenden Komiteemitgliedern zu haben: Börner, Ritterstr. 108; Tschornack, Färchenstr. 17; Georgi, Simeonstr. 22, 4 Tr.; Gormoy, Gneisenaustr. 63, H. 4 Tr.; Kräcker, Alexandrinestr. 41, S. 1 Tr.; König, Dautsgerstr. 44; Hoffmann, Alte Jakobstr. 89; Karraus, Mantteuffelstr. 115; Schöllzel, Mariannenplatz 5; Wartenberg, Elisabeth-Ufer 18, sowie bei dem Vertrauensmann Fritz, Fürstenstr. 11, 4 Tr. und in allen mit Plakaten belegten Handlungen. Herren, welche am Tanz theilnehmen, zahlen 30 Pf. nach. zu haben. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Das Comité.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Versammlung am Mittwoch, 26. April, Ab. 8 1/2 Uhr, im Schützenhause, Finienstr. 5. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Mo kenbuhr. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Da diese Versammlung pünktlich eröffnet wird, werden die Mitglieder ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Gäste haben Zutritt. 378/11 Der Vorstand.

6. Wahlkreis. Die Maifeier für den 6. Wahlkreis fängt an am 1. Mai, Vormittags 10 Uhr, im Eiskeller, Chaussee-strasse 88, bestehend im Vortrag des Genossen Wilhelm Liebknecht. Nachmittags findet die Feier in folgenden Lokalen statt: Arend's Brauerei (Moabit), Eiskeller und Norddeutsche Brauerei (Wedding), Weimann's Volksgarten (Gesundbrunnen), Bötzow's Brauerei (Prenzlauer Thor). Billets à 20 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen und bei den Vertrauenspersonen zu haben. 353/7

Spandau. Sonntag, den 30. April, in Finkenkrug: Maifeier. Billets sind zu haben: Restaurant Radtke, Neumannstr. 5; Restaurant Kiker, Dynaststrasse; Genosse Lindbrocht, Fichelsdorferstr. 23, sowie bei den Komiteemitgliedern. Abfahrt nach Finkenkrug vom Hamburger Bahnhof Vormittags 10.00, Nachmittags 12.00 und 4.00. Das Komitee.

Achtung! Friedrichsberg. Achtung! Maifeier. Montag, den 1. Mai, Abends 7 Uhr, bei Herru Spinig, Frankfurter Allee 193: Gr. öffentliche Volks-Versammlung für Männer und Frauen. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Adler, über: Der 1. Mai. In dieser Versammlung wird die Festzeitung gratis vertheilt. Nach der Versammlung: Grosser Kommerz. Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree. 8555b Zur Theilnahme sämmtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen im Orte fordert auf Die Vertrauensperson.

Schonet Eure Wäsche! Ruiniert wird Wäsche nicht durch Tragen, sondern durch das viele Reiben beim Waschen. Karol Weil's Seifen-Extract löst sich schnell, macht das Reiben unnöthig, die Wäsche wird blendend weiss und es ist frei von ätzenden Bestandtheilen. Käullich überall. 3872L

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

82. Sitzung vom 25. April 1893. 1 Uhr.

Von Tische des Bundesrats: von Büttcher, Miquel, von Rathhahn.

Vor der Tagesordnung erhält zu einer kurzen Erklärung das Wort der Abg. v. Münch, welcher sich gegen einige Ausführungen vertheidigt, die der Abg. Horwih als Referent der Geschäftsordnungs-Kommission über den Antrag auf Sistierung des Strafverfahrens gegen den Redner gemacht hat und in welchen der Referent eine von dem Redner der Kommission überreichte Eingabe als eine Fälschung bezeichnet und ihr den Vorwurf „schielender Deutung“ gemacht hat.

Abg. Horwih weist diesen Angriff auf seine Berichterstattung zurück.

Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung. Erster Gegenstand ist der schleunige Antrag des Abg. Ahlwardt:

Der Reichstag wolle beschließen: eine Kommission von 21 Mitgliedern zu ernennen, welche zu prüfen hat, ob und inwiefern der Inhalt der von dem Abg. Ahlwardt dem Reichstag übergebenen Akten die durch den genannten Abgeordneten in den Sitzungen des Reichstages vom 18. und 21. März d. J. gegen frühere und jegliche Mitglieder des Reichstages und des Bundesrates erhobenen Anschuldigungen rechtserichtig.

Der Antrag ist von 8 Antisemiten und 16 Sozialdemokraten unterschrieben.

Präsident v. Levetzow ersucht den Abg. Ahlwardt, der wohl selber einsehen werde, daß in eine materielle Diskussion über den Inhalt der vorgelegten Akten heute nicht eingetreten werden könne, sich auf die formelle Seite seines Antrags zu beschränken und leblich aufzuführen, weshalb er sie vorgelegt hat, was er damit sagen will und wo etwa die Beweismittel in den Akten zu finden sind.

Abg. Richter (zur Geschäftsordnung): Meine Partei ist der Meinung, daß dem Antragsteller nicht verschränkt werden kann, auf die Sache einzugehen und daß wir dann ebenso berechnigt sind, ihm unsere Ansicht über sein Vorgehen und den Befund der Akten zu sagen. Es würde mich außer hin einen ganz falschen Eindruck erwecken, wenn wir bloß über die formelle Seite verhandeln wollten. Ohne auf die Akten selbst einzugehen, läßt sich gar kein Urtheil über die Nothwendigkeit einer Kommission fällen.

Abg. Ahlwardt: In der 72. Sitzung des Reichstages kam ich auf den Invalidenfonds zu sprechen und erklärte, daß derselbe meiner Meinung nach falsch eingerichtet sei und führte aus, wenn schon eine Dotation für denselben geschaffen werden sollte, so hätte sie auch so hoch geschaffen werden müssen, daß die Zinsen ausreichen, damit der Fonds sich nicht selbst aufzehrt. Auf die Erinnerung des Abg. Richter, daß die Vorlage von der Regierung so gemacht worden sei, erklärte ich, daß eine Einrichtung dieser Art wesentlichen Nutzen nur für die Börse habe, und auf Zwischenrufe erklärte ich weiter, daß, ehe dieses Gesetz zur Verhandlung gekommen sei, Vorverhandlungen hinter den Kulissen stattgefunden hätten. Es wurde mir dann gesagt, daß solche Vorverhandlungen hinter den Kulissen bewiesen werden müßten. Ich erklärte dann, daß ich in diesem Fall bezüglich des Invalidenfonds Akten nicht hätte, sondern bloß Drucksachen, wohl aber für andere Fälle, (Unruhe und Widerspruch links.

Infolge der von der Linken laut werdenden Zwischenrufe verliert Redner seine damalige Keuschheit aus dem amtlichen stenographischen Bericht.) Da die Presse meine damaligen Behauptungen vielfach verdreht hat, so stelle ich hiermit nochmals ausdrücklich fest, daß ich beweisen soll, daß bei anderweitigen Dingen in der That schlimme Verhandlungen hinter den Kulissen stattgefunden haben und daß von Herren, die früheren und jetzigen Mitgliedern des Reichstages und dem Finanzminister Miquel nahe stehen, unter Volk um Hunderte von Millionen geschädigt ist und daß dies ein vollständiger auf den Invalidenfonds gieb. Obwohl ich also die vollständigen Akten erst noch Ordern bringen konnte, hat der Seniorfonsent doch über die damals vorgelegten Akten beschloffen und erklärt, daß darin nichts enthalten sei von dem, was ich behauptet habe. Dieses Vorgehen gegen mich erklärte ich schon damals für eine Vergewaltigung, die damit motivirt wurde, daß es im Hause immer Brauch gewesen sei, für solche Angriffe sofort Beweismaterial vorzulegen. Diese Erklärung des Seniorfonsents ist ein bedauerlicher Irrthum. Der Abg. Köster hat seiner Zeit für seine Angriffe nicht sofort Beweismaterial beigebracht, und ich erinnere ferner an alle die Angriffe des Abg. Richter gegen den Reichskanzler, wobei er Altentmaterial nicht vorgelegt hat. (Lachen links.) In derselben Sitzung, in der ich hier abgeurtheilt wurde, wurde ein Mitglied des Hauses vom Abg. Richter des schwersten Verbrechens, des Falschheits bezichtigt, wofür ein Beweis von ihm nicht erbracht, ihm auch nicht abverlangt ist. So muß ich annehmen, daß ich vom Seniorfonsent vergewaltigt bin. Demnach habe ich nach Ordern verschiedene Male vergeblich ums Wort gebeten und schließlich diesen Antrag eingebracht. Ich will die Akten einer besonderen Kommission und nicht dem Seniorfonsent überweisen haben, weil ich mich durch diesen verweigert hätte und weil ein Mitglied darin ist, das mich in letzter Zeit nicht so behandelt hat, wie es ein Abgeordneter gegen einen andern thun soll. (Lachen links. Rufe: Wer?) Abgesehen von all den unerhörten Dingen, die er über mich durch die Presse von ganz Deutschland verbreitet hat, hat er sich nicht einmal entblödet, den Präsidenten dieses Hauses in das Lügengewebe zu ziehen. (Große Unruhe.) Er machte in seiner Zeitung bekannt, daß der Präsident des Hauses mir gesagt habe, er wolle nur noch in Gegenwart von zwei Schriftführern mit mir verhandeln. Der Herr Präsident, der mich stets in höflicher Weise behandelt hat, hat auf meine Frage in Abrede gestellt, daß er dies weder zu mir, noch zu irgend einem andern gesagt habe. Das ist also eine unerhörte, absolut durch und durch ersundene Lüge des Abg. Richter. (Große Unruhe.)

Präsident v. Levetzow: Ich kann nicht zulassen, daß Sie einen Abgeordneten einer Lüge bezichtigen und rufe Sie zur Ordnung. Ich werde das weitere Material auch in der Kommission, von der ich erwarre, daß sie mich vorladen wird, vortragen. Ich will mich hier dem Wunsch des Herrn Präsidenten fügen, und diese Thatsachen jetzt hier nicht ansühren. Die Gesamtheit dessen, was mit meinem Material bewiesen werden soll, ist, daß durch den Kapitalismus, hauptsächlich vertreten durch den Herrn von Reichardt und Herrn von Hansmann und unter dem Beistand des damaligen Direktors und Mitinhabers der Diskonto-Gesellschaft des Herrn Miquel unser Volk um viele Hunderte von Millionen gebracht worden ist. (Bewegung und Lachen links.) Es ist wohl nothwendig, daß ich zunächst darauf komme, wie ich in den Besitz der Akten gelangt bin. Als ich im Jahre 1890 in der weiteren Öffentlichkeit durch mein Buch „Der Verzweiflungskampf der armen Völker mit dem Judenthum“ und später mit dem Buch „Der Eid eines Juden“ bekannt wurde, trat ein Tages ein gewisser Reichner an mich heran und theilte mir mit, daß er einen sehr großen Fiskus von Aktienstücken besitze, die er mir zur Verfügung stellen wolle, weil er es für gut halte, daß ich sie genauer prüfe. Ich erklärte

mich bereit, und er hat mir dann diese Akten ins Haus gebracht. Ich studierte sie und fand allerdings Dinge darin, die ich bis dahin nicht für möglich gehalten hatte. Ich fragte den Mann, wie sich diese Akten in den Besitz der Akten gekommen? Er sagte, ich war zu jener Zeit angeheult von der Diskonto-Gesellschaft resp. der rumänischen Bahn. Ich hatte Zutritt Tag und Nacht zu allen Akten und habe dafür gesorgt, daß überall Kopierbücher vorhanden waren, ich habe alle Akten kopirt, die gewissen Briefe und Papiere, die bei Seite geworfen waren, zusammengekehrt, und so sind im Laufe der Jahre diese Akten enthanden (Große Bewegung; Auf links: Standal.) Ich fragte den Mann, welches Interesse hat Sie dazu veranlaßt, daß Sie die Akten jenen Leuten nahmen und in meinen Besitz bringen, von denen Sie doch Ihr Brot gehabt haben. Er erwiderte: Ich bin von großer Wuth und Gah erfüllt worden, denn meine Pflegegötter ist durch die Herren Hans v. Reichardt und Reichnerheim geschändet worden. (Sensation.) So bin ich in den Besitz der Akten gekommen. Wenn nun anderweitig behauptet wird, es wären Aktienstücke, welche mir von Herrn Grünwald zum Ankauf angeboten wären, so muß ich dies bestreiten. Grünwald mag auch Aktienstücke besitzen, aber diese sind es nicht. Aus diesen Aktienstücken geht nun allerdings hervor, daß die Gesellschaft durch Herrn v. Reichardt und die Diskonto-Gesellschaft, deren Direktoren die Herren Miquel und v. Hansmann waren, in der grünenhaftesten Weise ausgenutzt worden ist, und zwar ohne jedes Risiko dieser Gesellschaft, da sie vollständig bedungen hatte. Herr v. Gehlsen ist seiner Zeit wegen einer ähnlichen Behauptung zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden, weil er die Belege dafür nicht erbringen konnte. Hauptzeuge war der jetzige Reichsstaatsminister Miquel. Derselbe sagte folgendes an: „Im Aufsichtsrath selber ist von der 5 Millionen-Anleihe bei der Reichs-Hauptkasse und der Seehandlung nie die Rede gewesen. . . Ich selbst habe von dieser ganzen Darlehenssache überhaupt gar nichts gewußt, ich war zu jener Zeit in Thale und habe von der Existenz des Darlehens erst Kenntniz erhalten, als hierüber im Aufsichtsrath referirt wurde; erst da habe ich erfahren, daß die Seehandlung das Geld gegen Bürgschaft hergegeben wollte. Wenn behauptet wird, die Gesellschaft habe 1 1/2 vom Hundert an uns gezahlt, so kann ich selbst aus eigener Wissenschaft nichts sagen; nach dem mir gewordenen Mittheilungen aber ist es völlig unrichtig; denn es sind im Gesammtbetrage 14 vom Hundert Zinsen gezahlt, und die Bürgen haben 1/2 vom Hundert pro Quartal Bürgschaftsprovision erhalten.“ Auf das Vorhalten, daß sowohl die Diskonto-Gesellschaft wie auch Reichardt an die Gesellschaft direkt Vorschüsse zu weit höherem Zinsfuß hergegeben, deponirt Zeuge: „Es ist zuerst ein kleiner Vorschuss auf kurze Zeit gegeben, zu welchem Zinsfuß, weiß ich nicht.“ Hier sind schwere Irthümer untergefallen, denn Sie werden in der Abschrift der Akten und in den Akten selbst eine Anzahl von Briefen, die der jetzige Herr Finanzminister gezeichnet hat, finden, aus denen hervorgeht, daß in minimo 18 Prozent, in maximo 55 vom Hundert Zinsen bezahlt worden sind, und zwar an die Diskonto-Gesellschaft sowohl als auch an die Firma Reichardt. Diese Darlehen belaufen sich auf 20 Millionen, für welche durchschnittlich 20 pCt. bezahlt worden sind. Ich muß dies für eine ganze ungeheure Ausnützung des nothleidenden deutschen Volkes halten seitens der Herren Hansmann, Reichardt und Miquel. Aber nicht nur, daß die Herren ihr eigenes Geld zu so hohem Zinsfuß anlegten, sie haben sogar Staatsgelder in Anspruch genommen, um mit diesen Wucher zu treiben. Sie werden in den Akten finden einen Brief der Diskonto-Gesellschaft an das Reichskanzleramt, wo dasselbe um 4 Millionen Mark, und später die Seehandlung um 6 Millionen Mark gebeten wird. Darauf die Antwort, gez. Febrüch, daß das Darlehen bewilligt sei. Für die nominelle Bürgschaft lassen sich die Diskonto-Gesellschaft und Reichardt 4 pCt. allein als Provision bewilligen. Wenn Abg. Miquel damals erklärte, daß nur 14 pCt. Zinsen überhaupt genommen seien, so beruht dieser Eid auf einem Irthum, denn es sind mehr als 14 pCt. genommen worden. Wenn er weiter sagte, ich habe niemals eigene Geschäfte gemacht, sondern alles, was ich gethan habe, that ich als Direktor der Diskonto-Gesellschaft, so ist das wiederum ein Irthum, denn Sie werden bei den Akten Briefe finden von Hansmann und Miquel, worin sie erklären, ich Hansmann, ich Johannes Miquel, zeichne so und so viel. Nun findet sich in den Zeitungen eine Vorstellung, die fast genau übereinstimmt mit der des Seniorfonsents, daß nämlich die Beteiligung bei dem Bau der rumänischen Staatsbahnen eine Rettung des deutschen Kapitals gewesen wäre. Was gerettet worden ist, ist durchaus nicht das deutsche Kapital, sondern ist in die Börse der Diskonto-Gesellschaft und Reichardt's geflossen. Das alles war nur möglich, indem die ganze Presse durch die Diskontogesellschaft bestochen wurde. 21 Wiener Zeitungen erhielten für eine fünfseitige Notiz, die täglich über die Bahn lautete, je 50-100 Gulden (Bewegung), ähnlich die Berliner Zeitungen, was sich aber so ziemlich in jeder Woche wiederholt. In den Akten finden sich Originalrechnungen von zwei Herren, die zur Bestechung der Presse nach Wien geschickt waren, über ungefähr 100 000 Thaler. Hier in Berlin ist die Presse von der Diskontogesellschaft bearbeitet worden. Wir finden in den Akten einen Brief, in dem Herr Miquel schreibt, daß die Presse nun einmal bearbeitet werden müßte. Das kann ich voll und ganz begreifen nach der letzten Pressemache gegen mich, welche mich als einen Auswurf der Menschheit hinstellt, und von dem Oberjuden, den ich nicht zu nennen brauche, in der unerhörtesten und geschicktesten Weise gemacht wird. (Heiterkeit und Zwischenrufe.) Wenn Ihnen der Ausdruck nicht gefällt, will ich sagen: Jubelt des Judenthums. An den Kaiser wurde das Geschick gerichtet, für die neuen Aktien der rumänischen Bahn den Stempel von 250 000 Thalern zu erlassen. Ob es genehmigt wurde, darüber beweisen die Akten leider nichts. Die Wechsel zwischen der rumänischen Bahn und der Diskonto-Gesellschaft gingen ungeheuerlich hin und her, wodurch die Reichskasse einen Verlust von 2 bis 400 000 Mark hatte. Dann finden Sie einen Brief, aus dem hervorgeht, daß die Beschüsse der General-Versammlungen häufig durch Strohmänner herbeigeführt wurden, die Herren Horwih und Mundel werden da besonders genannt. (Heiterkeit.) Es war ein trauriger Zustand, daß sich der Führer der damals größten politischen Partei sich mit solchen Geschäften befahlte. Der Hauptgewinn ist natürlich den jüdischen Bankhäusern zugefallen und berechnet sich an diesem einen rumänischen Geschäft auf 50 Millionen Thaler; an anderen Geschäften wurden geradezu ungeheuerliche Summen verdient. Eine Gründung, an der Herr Miquel auch betheiligt war, war die preussische Zentral-Bodenkredit-Aktiengesellschaft. (Große Heiterkeit.) Die Provinzial-Diskonto-Gesellschaft ist wohl eine der blutigsten Gründungen gewesen, die es je gegeben hat. Die Aktien wurden auf 150 getrieben und brachten im zweiten Jahre gar nichts. 11 Millionen sind dem deutschen Volk daran verloren gegangen. Jetzt finde ich die Erklärung des Herrn Miquel hier im Reichstag vom 5. Februar 1878, daß er für sein Theil niemals Geschäfte gemacht habe. (Redner verliest dieselbe.) Es wurde damals der Versuch gemacht, sozusagen das ganze Deutsche Reich anzukaufen, um das Land an Eisenbahn-Gesellschaften abzugeben. Reichardt und die Diskonto-Gesellschaft fanden mit den Reichsfonds dahinter, insbesondere auch mit dem Welfenfonds, für den nur 8 pCt. Zinsen gezahlt und 85 pCt. verdient wurden. Die Sache mit der

Braunschweiger Bahn war sehr eigenthümlich. Die Darlehensgeber Bank und Reichardt mit der Diskonto-Gesellschaft kauften dieselbe, sie waren aber nur vorgekehrt; jetzt sind die Aktien im Besitz des preussischen Staates, der daran geradezu ungeheuerliche Verluste erleidet. Die Sachsen waren damals klüger und ließen sich nicht durch Berliner Juden aufkaufen. Die schlimmste Gründung ist die Hannover-Altenbedeckere Bahn. (Heiterkeit.) Diese ist so theuer gebaut, wie keine einzige Bahn in ganz Deutschland. Sie konnte sich nicht annähernd verzinsen und erhielt schließlich aus dem Reichs-Invalidenfonds ein Darlehen. Nachher wurden die Aktien von Invalidenfonds gekauft. (Abg. Richter: Unsinn.) Der Reichs-Invalidenfonds war mit 500 Millionen ähnlicher Papiere belastet, so auch mit denen der Köln-Mindener Bahn. (Heiterkeit.) Damit der Invalidenfonds nicht 50 Millionen Thaler an der Hannover-Altenbedeckere Bahn verlor, mußte der preussische Staat einpringen und sie mit dem Vierfachen des Wertes bezahlen. Daraus kann man sehen, was für ungeheuerliche Dinge hinter den Kulissen vorgegangen sein müssen. Auch Herr von Bennigsen hatte damals die Akte der Gesetzgebung mit in der Hand; ob er Geschäfte gemacht hat, weiß ich nicht, aber Herr Miquel hat Geschäfte gemacht. (Heiterkeit.) Der Reichs-Invalidenfonds und der Reichstags-Bausfonds sind lediglich diesen Spekulationen zu gute gekommen, und die Gründe, aus denen sie ins Leben gerufen waren, kamen nicht in erster Linie in Betracht. In der Kommission werde ich genaue und ausführliche Auskunft darüber geben. Sämmtliche produktiven Stände des Reichs sind damals durch wenige, überaus reiche Personen, allerdings hauptsächlich Juden, voll und ganz ausgebeutet worden. Ich bin weit entfernt, irgend einen Mann persönlich auszugreifen. (Schallende Heiterkeit.) So wenig wie Herr Miquel hat mir einer der genannten Personen etwas gethan, aber man muß, wenn man allgemeine Zustände darlegen will . . . (Abg. Richter: Dichtig verteufeln.) Verleumdung liegt mir vollkommen fern. Irthümer meinerseits sind nicht ausgeschlossen, aber mein Gewissen ist das beste. (Rufe: Jawohl!) Mein Zweck ist, die produktiven Stände (Ernunte Rufe: Jawohl!) von dem Wampyr, der auf ihnen lastet, zu befreien. Abg. Richter ruft jawohl! ein Mann, der doch auch für seine Direktorstelle bei der Judenschuttruppe 12 000 M. jährlich erhalten hat. (Sanguanhaltende Heiterkeit und Lärm. Glücke des Präsidenten. Abg. Richter: Heraus mit der Sprache! Namen nennen! Wen meinen Sie damit?) Herr Richter soll nach Berichten . . . (Abg. Richter in höchster Erregung: soll!) Ein Liquor, ein Verleumder sind Sie. (Große Rufe.) Daß ich den schlimmsten Gefahren ausgesetzt sein würde, wußte ich vorher, aber ich habe es für meine Pflicht gehalten, dies hier vorzubringen. In der Kommission werde ich alle Einzelheiten darlegen, deshalb bitte ich, eine solche zu wählen. Sie sehen wieder, wie ich behandelt werde. Ich kann mich gegen Leute, die mich verleumder nennen, absolut nicht verantworten. Ich muß mir alles gefallen lassen, was in der Presse aller Parteien an unerhörten Verleumdungen gegen mich vorgebracht wird, während es mir niemals eingefallen ist, irgend eine einzige Partei zu beleidigen. Die Gründer, von denen ich gesprochen habe, sind leider in allen Parteien, besonders in der national-liberalen vertreten, mit Ausnahme der Zentrumspartei und der Sozialdemokraten. Wählen Sie in die Kommission auch einen der mir nahestehenden Herren, Herrn Fidenbach oder einen andern.

Bundesbesoldungsminister preussischer Finanzminister Miquel: Wenn wir es hier bloß mit Herrn Ahlwardt zu thun hätten, so könnten Sie sicher sein, daß ich nicht antworten würde. (Sehr gut links!) Da aber Herr Ahlwardt die Ehre hat, Vertreter der deutschen Nation zu sein und hier im Deutschen Reichstage diese unerhörten Unwahrheiten und Lügen vorgebracht hat, so muß ich nicht in meinem Interesse sondern im Interesse der öffentlichen Moral, im Interesse der Erhaltung des Vertrauens unter den Staatsbürgern, eingehend auf diese unerhörten Beschuldigungen erwidern. Ich lade den Herrn Ahlwardt ein, seine Behauptungen außerhalb des Reichstages zu wiederholen, so wird er bald Herrn Joachim Gheslen nachfolgen, und ich werde abwarten, ob dieser große Cato den Muth hat, was doch, wenn man einen Menschen unter der Redefreiheit in dieser Weise angreift, eine Sache der persönlichen Ehre wäre, und seine heuligen Behauptungen außerhalb des Hauses bestätigen wird. Herr Ahlwardt stützt sich auf die rumänische Eisenbahn-Aktiengesellschaft und ihre Handlungen. Anfangs der siebziger Jahre erwarb bekanntlich Herr Dr. Strouberg mit einigen anderen Herren eine Konzession für den Bau von mehreren hundert Kilometer Eisenbahnen in Rumänien. Es wurden, um die Kapitalisten für den Bau aufzubringen, 7 1/2 proz. Obligationen ausgegeben, während allerdings die Garantie für dieselbe, die der Staat übernahm, erst bei Fertigstellung der Bahn fällig waren. Von diesen Obligationen wurden 63 Millionen Thaler in das deutsche Publikum gebracht und zwar vorzugsweise mit Rückzicht auf den hohen Zinsfuß gelangten diese in die Hände kleiner Leute, namentlich auf dem Lande. Das Unternehmen scheiterte an dem Mangel an Mitteln und an der Schwierigkeit der Ausführung des Eisenbahnbau in dem entlegenen Lande. Die Obligationen gingen von 70 bis auf 95 zurück und waren schließlich überhaupt nicht mehr abzusehen. Die rumänische Regierung erließ infolge dessen ein eigenes Gesetz, wonach die Garantie als nicht in Kraft getreten bezeichnet wurde. Es wurde sogar die Konfiskation angedroht und das ganze Unternehmen stand schließlich in Frage. Der Inhaber der Obligationen bemächtigte sich eine große Unruhe. Ueberall bildeten sich Schutzkomitees, die sich um Hilfe an die Bankhäuser wandten, auf die sie auch höheren Orts verwiesen worden waren. Nur sehr zögernd und widerwillig ließen sich diese Bankhäuser darauf ein. Es wurde aus den Obligationären die rumänische Aktiengesellschaft gebildet, zu welcher sich fast alle Obligationäre meldeten. Die Gesellschaft wurde konfessionell und Unterhandlungen mit dem rumänischen Staat angeknüpft, der auch damit einverstanden war, daß diese Aktiengesellschaft an die Stelle der ursprünglichen Konfessionäre treten sollte. Aber allerdings sollte die Garantieverpflichtung des Staates nur fällig sein, wenn der Bau rechtzeitig fertig gestellt würde. Wenn die Gesellschaft, die keine Kapitalisten hatte, nicht rechtzeitig den Bau fertig stellte, war und blieb das deutsche Kapital verloren. Gaben die Bankhäuser Vorschüsse, so hatten sie dasselbe Risiko wie die Aktionäre. Es war also ein ungeheuer riskantes Geschäft und wir haben oft in der Diskontogesellschaft erwogen, ob wir es gegen unsere Aktionäre verantworten könnten, solche Vorschüsse zu geben. Nun hat der Angestellte . . . (Stürmische Heiterkeit) sich darauf gestützt, daß die Gesellschaft den Bahnbau nicht selbst ausgeführt, sondern ihn der österreichischen Staatsbahn übertragen hat. Wir waren unendlich glücklich, daß das gelang, denn die Beamten von Strouberg waren größtentheils von einer Beschaffenheit, daß sie kein Vertrauen verdienen, und auch sonst hätte man diesen gewaltigen Bahnbau in einer kurzen Frist nicht zustande gebracht. Deswegen wurde der Bau der österreichischen Staatsbahn übertragen und eine Generaldirektion in Bukarest eingesetzt. Herr Ahlwardt bezieht sich nun auf ein Darlehn, welches vom Reich und von der Seehandlung gegeben worden ist. Wenn die Bankiers selbst auf die hohen Zinsen lukieren gewesen wären, so würden sie den angenehmen Profit doch selbst mitgenommen haben. In dem Prozeß gegen

Gehlsen ist erwiesen, daß ich damals gar nicht mehr in der Direction saß, als das Darlehn gegeben wurde, daß der Aufsichtsrath der rumänischen Aktiengesellschaft darüber gar nicht beraten hat und daß ich damals nicht in Berlin, sondern schon Monate lang in Thale weile. Es ist erwiesen durch Aussagen von Justizrath Riem und von Direktor Reinhardt, daß die Gesellschaft sich an das Reich wandte, welches schon mehrfach Lombard-Darlehen gegeben hatte. Das Reich und die Verwaltung verlangten aber die Bürgschaft des Hauses Reichelder und der Diskonto-Gesellschaft, es wurden dann 4 pSt. an das Reich und 4 pSt. Quantprovision an die Bankhäuser gezahlt, also nicht 14 1/2 pSt. Diese beiden Häuser haben nachher das Geld zahlen müssen, denn die rumänische Gesellschaft war nicht im Stande, dies Darlehn zurückzahlen. Alles dies ist in dem Urtheil gegen Gehlsen ausgesprochen. Herr Gehlsen ist aber noch wegen einer Reihe weiterer Verleumdungen verurtheilt worden. 9 Artikel voller Lügen und Unwahrheiten sind ihm zur Last für Schritt nachgewiesen worden. Wo bleibt die bonafides eines Mannes, der alles dieses weiß und jetzt behauptet, Gehlsen sei unschuldig verurtheilt? Herr Alwardt macht ferner drunke Andeutungen, daß ich damals nicht ganz richtig ausgesagt hätte. Ich werde der Kommission, deren Einsetzung ich persönlich sehr wünsche, die damals stenographisch aufgenommenen Verhandlungen dieses Prozesses mittheilen, und Sie werden sich auf die Aussagen des Justizrath Riem hinweisen. Wie wenig lästern diese Firmen auf die Gewährung von Vorschüssen waren, geht daraus hervor, daß dieselben Firmen den Aufsichtsrath drängten, andere Firmen zur Gewährung von Hilfsmitteln heranzuziehen. Infolge dessen wurden mit sämtlichen bedeutenden Berliner Firmen Verhandlungen gepflogen. Die Häuser forderten ursprünglich 10 pSt., lehnten aber nachher wegen des Risiko jede Vertheilung ab. Die beiden Bankhäuser haben diese Vorschüsse schließlich nur ehrenhalber und mit der größten Sorge gegeben. Die Obligationäre aber, welche durchschmittlich für 44 gekauft haben mochten, erhielten schließlich 63prozentige garantierte Obligationen, welche damals 60 standen und nachher zu Pari zurückgekauft worden sind. Niemand ist deutsches Kapital glänzender und noch dazu mit bedeutendem Gewinn gerettet worden. Die man ein solches Vorgehen des Abg. Alwardt charakterisiren muß, überlasse ich dem Urtheil des Hauses. Nun hat er weiter behauptet, ich hätte 100 000 Thaler Aktien gezeichnet. Wir haben damals einen Antrag erlassen an die Aktionäre, eine Gesellschaft zu gründen, um das hineingekoste Kapital zu retten. Wenn ich also damals zeichnete, so geschah das nicht für mich, sondern für die Besitzer der betreffenden Obligationen. Ich hatte gehofft, Abg. Alwardt hätte mir nicht eine solche bodenlose Dummheit angetraut, für eine solche Sache 100 000 Thaler persönlich zu zeichnen. (Weiter.) Was die braunschweigischen Bahnen betrifft, so habe ich bei der Sache überhaupt nicht mitgewirkt. Die braunschweigischen Bahnen lagen zwischen den preussischen Provinzen. Preußen hatte ein großes Interesse daran, daß die bergisch-märkische und die Potsdam-Magdeburger Bahn ununterbrochen durch Braunschweig durchgingen. So kam ein Vertrag zu stande, mit dem heute sowohl der braunschweigische als der preussische Staat zufrieden sind. Die Schlussfolgerungen des Abg. Alwardt hieraus sind mir völlig unerträglich. In den wenigen Jahren, wo ich überhaupt in der Diskontogesellschaft thätig war, sind eine Reihe von Gesellschaften gegründet worden, deren Aktien heute fast sämtlich weit über Pari stehen. Meine Aufgaben in der Diskontogesellschaft waren hauptsächlich die Syndikatsgeschäfte, demnach bin ich gerne bereit, für alles, was während meiner Zugehörigkeit zur Direktion geschehen ist, volle Verantwortung zu übernehmen (Beifall), und ich wünsche nichts mehr, als daß Abg. Alwardt seinen deswegen an ihn gerichteten Wünschen nachkommt. Ich komme nun noch mit wenigen Worten auf Meisner zurück, um Ihnen zu zeigen, welche Gewährsmänner, ich will nicht sagen Helfer, (Nur: Jawohl Helfer!) sehr richtig! Abg. Alwardt benutzte. Dieser Meisner war bis zum Jahre 1882 Bote, nicht in der Diskonto-Gesellschaft, da ist er nie gewesen, sondern in der rumänischen Eisenbahn-Aktiengesellschaft. Der Wunsch will schon von Anfang an zerrissene Schriftstücke zusammengeklebt, die Papierkörbe durchwühlt und sich vorbereitet haben, diese Dinge anderweitig zu benutzen. Das wird doch schon ein eigenhümliches Licht auf den Mann. (Sehr richtig!) Dann sieht er aber auch eine Menge von Original-Aktienstücken, diese behält er 10 Jahre, denn 1882 wurde die Gesellschaft schon aufgelöst. Wahrscheinlich hat er abgewartet, bis die Strafe wegen Diebstahls verjährt ist. Nachdem er aufgehört hat, Bote zu sein, betreibt er ein Restaurationsgeschäft, führt Scheidungsprozesse, kommt in Stockholm in eine Nervenkuranstalt und wieder hierher zurück. Dann richtet er einen Brief an Herrn Paasch, den ich wirklich nicht vorlesen kann, denn er ist so unflätig und schändlich, so voller bodenloser Lügen an jeder Stelle, daß es undenkbar ist, ihn in einer öffentlichen Versammlung vorzulesen. Der Brief beginnt: „Gehrt Herr, wo bleibt die Moral? Ich bin verzweifelt, ob richtig, ist mir gleichgültig! Bis jetzt habe ich mich vom Revolver freigehalten, nun ist mir alles gleichgültig, ich bin zu allem bereit.“ Das sind gefährliche Momente. Sich mit einem solchen Mann einzulassen, ist gefährlich, denn er hält die Treue schließlich gegen niemand. Wenn man sich mit solchen Leuten befaßt, so ergreift einen ein moralischer Ekel (Sehr wahr! Sehr richtig!), und man weiß nicht, ob es vielleicht gerathen wäre, zu berathen, wie man sich gegen diese Dinge schützen muß. Ich werde immer die Gelegenheit benutzen, hier im Reichstage die Wahrheit hochzuhalten. Früher in einer Zeit der Pamphlete bin ich mit Verachtung über dieselben hinweggegangen. Hunderte wurden gleichzeitig verleumdet. Damals war ich Privatmann. Heute, wo ich Minister bin, ist das anders. Ich werde diejenigen unerbitlich vor Gericht ziehen, die solche Behauptungen aufstellen, mögen sie Plagiatoren sein oder die Erfindungen selber machen. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Schaffsecretär v. Maschahn: Abg. Alwardt hat sich heute auf seine Behauptungen in der 72. Sitzung des Reichstages bezogen. Er hat dabei gesagt, daß er die Behauptung, daß Verhandlungen hinter den Kulissen bei der Gründung des Reichs-Invalidentfonds stattgefunden hätten, nicht gethan habe. Das widerspricht den Thatsachen. (Allgemeine Zustimmung.) Am 18. März, in der 70. Sitzung, sagte er, die Gründung des Invalidentfonds auf die angegebene Weise hat die Regierung vorgeschlagen nach Verhandlungen hinter den Kulissen mit den großen Börsenjuden, die nicht dulden wollten, daß die Regierung große Kapitalien in die Hände bekomme. Diese Behauptung gethan zu haben, verneint er, nimmt sie also heute zurück. Ich berufe mich aber auf den stenographischen Bericht. (Sehr richtig!) Auch in der 72. Sitzung kam er auf dieselben Behauptungen zurück. Er sagte, das ist wohl selbstverständlich, daß alle Abmachungen hinter den Kulissen nicht offiziell stattfinden, sie mögen so stattgefunden haben, wie die, von denen man in Paris wer weiß wie viel spricht. Das ist also eine Wiederholung der Behauptungen von 18. März. (Sehr richtig!) Richtig ist, daß Hannover-Altenbedener Stammprioritäten beschafft wurden, nicht von der Verwaltung des Reichs-Invalidentfonds, sondern vom Reichsfinanzleramt, welches damals der Staatssekretär Delbrück verwaltete, und in diesen Papieren angelegt, wurde der Fonds der Verwaltung des Reichs-Invalidentfonds übergeben. Ueber diese Angelegenheit haben 1875 die allergegenwärtigen Verhandlungen stattgefunden und die Rechtferigung des Verfahrens des Reichsfinanzlernaus ist in der vollen Weise damals erfolgt. Was speziell die Belegung des Invalidentfonds in einem Papier betrifft, so hat der Herr Präsident des Reichsfinanzlernaus, Staatsminister Delbrück, in der Sitzung vom 4. Februar 1878 ausgeführt, er und die anderen Vorwalter des öffentlichen Vermögens hätten gar nicht anders handeln können, als sie die öffentliche Kasse nicht hätten schädigen wollen. Man damals darauf angewiesen, das Kapital in Eisenbahnen anzulegen,

und wenn dies nur vereinzelt geschah, so lag dies daran, daß andere Anleihen in größeren Beträgen nicht zur Auszahlung gelangten. Man hatte aber allerdings mit vollem Recht den Grund, daß man wo möglich volle Anleihen übernahm. Der Kurs dieser Anleihen ist nach den damals vorher festgestellten und auch später von der Verwaltung des Invalidentfonds festgehaltenen Grundsätzen so normirt worden, daß die 4/2prozentigen Prioritätenobligationen stets als unter pari angenommen wurden. Nun frage ich Sie, stehen die 4/2prozentigen Prioritäten solcher Eisenbahnaktien heute nicht über pari? Ich glaube, auch hier ist der Vorwurf des Abg. Alwardt unbegründet, und durch seine Akten kann er nicht bewiesen werden. Was die Akten beweisen sollen, werden sie nicht beweisen können. Er wird darin beweispflichtig bleiben, wenn er behauptet, daß in der Verwaltung des Reichs-Invalidentfonds nicht ehrlich und anständig verfahren wurde und stets so verfahren worden ist. (Beifall.)

Minister Riquel: Ich möchte doch noch meiner Geschichtserzählung eine interessante Thatsache hinzufügen. Ich sprech vorhin von den gestohlenen Akten und Herrn Meisner. Die Herren der Diskonto-Gesellschaft haben mir auf Befragen erzählt, daß im Jahre 1891, genau um dieselbe Zeit, wo Herr Meisner sagte, er könnte sich wohl kaum noch vor dem Revolvergewerbe schützen, ein gewisser Grünwald zur Diskonto-Gesellschaft gelangt wäre. Dieser Grünwald war nach Aussage des Polizeipräsidenten ein berüchtigter Revolverjournalist, er war auch wegen Entziehung zu mehreren Jahren Gefängnis oder Zuchthaus verurtheilt und offerirte die Akten, die später Herr Alwardt gern gekauft hat. Er bezeichnete von diesen Akten Schriftstücke, die ihm von besonderem Interesse für die Diskonto-Gesellschaft zu sein schienen. Man sah die Sachen durch und wies den Mann ab. Man fragte ihn, wo sind denn die Akten? Ja, die hat mein Freund Meisner, und er hat mich reuustragt, mal zu sehen, ob sie nicht vielleicht verkauft werden können. Es wäre interessant, zu sehen, ob sich nicht kleine Notizen, Papierreischnen in den Akten befinden, durch welche sie sich in der Zwischenzeit zu einer war nicht vererften aber vermehrten Anlage gestaltet haben. (Weiter.) Herr Abg. Alwardt sagt jetzt, er habe gar nicht sagen wollen, daß der Invalidentfonds um 200 Millionen betrogen sei. Nun, es ist ihm der Wortlaut seiner Erklärung schon vorgehalten worden. Aber dies stimmt doch merkwürdig überein mit den Reden seiner Freunde in den hiesigen Volksversammlungen. Da wird ganz offen ausgesprochen: ein ungeheurer Betrag ist am Reichs-Invalidentfonds veräußert worden, namentlich am Invalidentfonds. Eine jüdische Rebeuregierung hat diesen betrogen, und die Minister Delbrück und Camphausen sind nichts weiter als die Handlanger dieser Rebeuregierung, deren Chef zu sein mir die Ehre erwiesen wird. (Weiter.) Der Präsident der Seehandlung von Bitter und Herr Delbrück u. A. sind natürlich auch deslochen worden. Herr von Bitter laute die Obligationen im Auftrage des Herrn Ministers Delbrück an, und beide sind nur Handlanger der Juden gewesen, so wird es in den Volksversammlungen behauptet. H. H. H. für die Männer, die wir in diesen Reden vor uns sehen, ist nach meiner Ueberzeugung der Antisemitismus nur eine Fahne, ein Vorwand. Sie vertreten keine Partei, das kann ich mir unmöglich denken. Was ich gesagt habe, geht daraus deutlich hervor, daß diese Männer, wenn sie die Akten haben, Jemand anzugreifen, ihn unerschbar vorber willkürlich zu einem Juden stampeln. Eine ganze Reihe preussischer Minister ist schon zu Juden gemacht worden, und was mich persönlich betrifft, so behauptete man im Anfange leise, er stammt von portugiesischen Juden (Grobe Heiterkeit), dann geht es weiter: er ist ein Jude (Erneuerte Heiterkeit), dann geht es noch weiter: er stand an der Spitze der jüdischen Rebeuregierung und endlich kommt der Klitz: er ist Agent der alianzen israelit. Während ich selbst trotz eifrigen Bemühens meine Vorhaben nur bis zum Ende des 16. Jahrhunderts archaisch ermitteln kann, haben diese Herren Ermittlungen angestellt bis ins 18. Jahrhundert. (Grobe Heiterkeit.) So werden die Sachen gemacht. Ich meine, wir haben es hier bloß mit Personen aber nicht mit Auffassungen zu thun. (Beifall.)

Abg. v. Bennigsen (nl.): Ich verrechere öffentlich und feierlich, daß ich zu keiner Zeit den geringsten Grundverortheil oder Gewinn aus meiner Stellung in Verwaltungsrath der Hannover-Altenbedener Bahn bezogen habe, und alle diejenigen, welche mich kennen und mein öffentliches Leben verfolgt haben, werden dieser Versicherung gegenüber solchen allgemeinen Verdächtigungen Glauben schenken. (Lebhafter Beifall links.)

Herr Richter (Df.): Herr Alwardt hat behauptet, von dem Senatorenkonvent vergewaltigt worden zu sein. Ich weise diese Behauptung als eine ganz unbegründete zurück. Herr Alwardt meinte, es laume doch sonst nicht vor, daß man so leicht von einem Abgeordneten die Vortage von Akten für seine Behauptung verlange; er bezog sich dabei auf Losler und auf mich. Ich habe mich aber stets bezogen auf öffentliche Vorgänge, die jeder kennen kann. Im Gegensatz hierzu hat Alwardt sich auf geheime Akten bezogen, die nur ihm zugänglich waren. Deshalb war er verpflichtet, seine Akten sofort vorzulegen. Was Losler anbeht, so hat Herr Alwardt nicht die kleinste Kenntnis von den damaligen Vorgängen, sonst würde er wissen, daß Losler sich durchweg auf Antragslisten aus dem Handelsregister bezog. Herr Alwardt deutete an, daß der Senatorenkonvent durch den Minister Riquel irgenwie in seinen Verathungen beeinflusst worden sei. Auch das ist vollständig falsch. Herr Riquel war weder dabei, noch hat er zu dem Senatorenkonvent in Beziehung gestanden. Auf die Privatäußerung des Präsidenten kann ich, weil schon ein Ordnungsruf ertheilt ist, nicht mehr zurückkommen. In Uebereinstimmung mit dem Schaffsecretär stelle ich fest, daß Herr Alwardt hier bezüglich des Invalidentfonds zu einschlippen sucht. Aus dem stenographischen Bericht hat er gerade das zu verlesen unterlassen, was er wegen des Reichs-Invalidentfonds gesagt hat. Er hat damals den Vorwurf erhoben, daß beim Reichs-Invalidentfonds die Regierung nach Verhandlungen mit den großen Börsenjuden das Geld gehaltet habe. Obwohl ich den Herrn Alwardt in der folgenden Sitzung daraufhin gestellt habe, ist er jeden Beweis bis heute dafür schuldig geblieben und versucht nun auf diese Weise die Sache in Vergessenheit zu bringen. Die vorgelegten Akten enthalten nicht das mindeste darüber. Am Schlusse seiner heutigen Darlegungen ist dann Herr Alwardt auf Hannover-Altenbedener Aktien gekommen. Es ist gar nicht wahr, daß noch kein Spatenstück gefahren war, als der Hannover-Altenbedener Bahn ein Darlehn zufließ; sie war schon in vollem Bau begriffen. Sie hat aber überhaupt kein Darlehn vom Reich bekommen, sondern die Prioritäten sind übernommen worden von der Seehandlung, welche sie von einem großen Bankfortium übernommen hatte. Außerdem hatte die Magdeburg-Halbmerse-Bahn die Pingsgarantie für diese Prioritäten übernommen. Alles dies weiß Herr Alwardt nicht. Der Invalidentfonds hat niemals etwas an Hannover-Altenbedener verloren. Die Prioritäten waren nahezu bis auf Pari gestiegen lange vor der Verstaatlichung. Mit der Nordbahn hat diese Sache auch nicht das geringste zu schaffen, denn diese war absolut zahlungsunfähig geworden. Aber wenn alles wahr wäre, was Alwardt wegen Hannover-Altenbedener behauptet hat, dann würden seine Behauptungen wegen des Reichs-Invalidentfonds erst recht als unwahr daneben. Herr Alwardt aber merkt gar nichts, wie er sich selbst mit seinen Behauptungen fortwährend ins Gesicht schlägt. Unsäglich, seine Behauptungen wegen des Invalidentfonds auch nur mit einer Spur eines Beweises zu erheben, hat sich Herr Alwardt in die allgemeine Gründungszeit der 70er Jahre eingelassen. Das das Volk damals Hunderte von Millionen verloren hat, wissen wir von selbst, dazu brauchte Herr Alwardt nicht gewandt zu werden. (Weiter.) Was er hier vorbringt, sind Quisquilien gegen das, was durch die Untersuchungen der Eisenbahn-Enquete-Kommission festgestellt worden ist. Was er vorbringt, betrifft nur die Handlungen von

Privaten, wie sie heute die Begehung von Argentiniern und Portugiesen darstellt. Die ganze Aktion des Herrn Alwardt läuft schließlich darauf hinaus, den Juden Strouberg durch Angriffe auf Vollblutchristen reinzuwaschen, wie ihm ein antisemitisches Organ mit Recht vorgehalten hat. Ein öffentliches Interesse, ob die Diskonto-Gesellschaft für die Rettung der rumänischen Bahnen ein paar Prozente zu viel genommen hat, liegt für den Reichstag garnicht vor. Die Diskonto-Gesellschaft soll ein Darlehn aus dem Welfenfonds erhalten haben. Dies Darlehn ist gegeben zu einer Zeit, wo die französische Kriegskosten-Entschädigung große Verluste der Reichskasse zeitweise überwiegt, gegen besondere Sicherheit und Bürgschaft der beiden Firmen. An dieser zeitweiligen Auslage entbehrlicher Staatsgelder finde ich nicht das Mindeste auszuweisen. Ueber den Erlaß der Stempelfsteuer für die rumänischen Aktien ertheilt nur die Bemerkung, daß eine Reichs-Stempelfsteuer auf Aktien erst seit 1881 besteht. (Weiter.) Es könnte sich also höchstens um die preussische Regierung handeln. Herr Alwardt hat öffentlich in Versammlungen für 20 Pf. die Verfügen die Beweise für seine Behauptungen aus den Akten erbringen wollen, er erklärte aber dort, daß er sich keine besten Beweise für heute aufsparen müsse. (Grobe Heiterkeit.) Auch heute hat er nichts weiter als leere Beschuldigungen vorgebracht. Ich persönlich habe die Ueberzeugung schon heute, daß die Kommission in den Akten nichts finden wird, vielmehr die Pflicht haben wird, aus diesem Ergebnis um einen Beschluß vorzuschlagen, welcher für das ganze Verhalten des Herrn Alwardt kennzeichnend ist. Nur zu warnen ist die Kommission vor einer dilatorischen Behandlung der Sache. Die Tage des Reichstages sind ansehend gezählt und Herr Alwardt hat gestern in der schon erwähnten Versammlung gesagt, daß er die allerwichtigsten Aktenstücke noch zurückgehalten habe. (Grobe Heiterkeit.) Die Kommission muß in kürzester Zeit diesen Menschen für den Reichstag und für die Öffentlichkeit abthun und dem moralischen Ekel Ausdruck geben, in welchem Gefühl wir mit den übrigen Parteien und den verübundenen Regierungen übereinstimmen! (Lebhafter, wiederholter Beifall links.)

Abg. Richter (Df.): Ein tiefes Gefühl der Scham kann ich nicht unterdrücken darüber, daß wir schon den dritten Tag den Beschuldigungen dieses Menschen widmen müssen. Soff der Reichstag jetzt noch 21 Mitgliedern zumuthe, diese Malalatur zu prüfen? Wir müssen uns vor allem dagegen verwahren, daß hier ein Präjudiz geschaffen wird. In welche Zustände würden wir dann gerathen. Lann würden allerdings die Revolvermenschen die Situation beherrschen. Wir verlangen ferner, daß Herr Alwardt sämtliche Material, welches er noch hat, unverzüglich dem Präsidenten übermitteln. Herr Alwardt ist allerdings ein Gewählter eines Wahlkreises. Sehr, sehr eigenhümlich steht es auch in den amtlichen Kreisen dieses Wahlkreises aus. Das Arnswalder Kreisblatt spricht von Alwardt, der sein Recht nicht erlangen könne, weil ihm der Präsident nicht entgegenkomme, und spricht von der ungeheuren Aufregung, die darüber vorhanden sei. Nach dem Vorangegangenen beschränke ich mich auf die persönliche Bemerkung: ich soll mich für 12 000 Mark als Direktor der Zudenbeschützergruppe verkaufen haben; ich erkläre diese Behauptung für eine infame, gewissenlose Lüge und Verleumdung. (Präsident von Loechow ruft den Redner für diesen Ausdruck zur Ordnung.) Ich bringe mich dem Ordnungsruf, lann aber nicht schweigen, wenn man sich erdrecht, so zu sprechen. (Präsident v. Loechow: Ich halte die Sache für erledigt.) Ich halte sie auch für erledigt, Herr Präsident! (Grobe Heiterkeit.) Herr Alwardt lann nicht begreifen, daß man auch aus Ueberzeugung für angegriffene Verfolgte eintreten lann.

Abg. Horwig (Df.): Die Behauptung, daß in den Generalversammlungen der rumänischen Gesellschaft Strohmänner verwendet worden sind, zu denen ich und Mundel gehört haben sollen, steht ganz auf der Höhe seiner sonstigen Behauptungen. Bei der Verathung des Aktiengesetzes 1884 bin gerade ich es gewesen, der ein Antrag eingebracht hat, der die Strohmännerwirtschaft bei solchen Generalversammlungen unmöglich machen sollte. Redner geht auf die Geschichte des Disziplinar-Verfahrens gegen den Rektor Alwardt näher ein und zitiert eine Eingabe desselben an die Schulddeputation, worin Alwardt ausführt, daß er in der Rase einen Polypen habe, der ihm bei entzündlichen Vorgängen jede Fähigkeit nehme. Klar zu denken. (Grobe Heiterkeit.) Redner knüpft daran die Folgerung, daß ein Mann, der selbst an seiner Zurechnungsfähigkeit zweifelt, nicht ernst genommen werden lann.

Abg. Alwardt: Der Finanzminister beschäftigte sich sehr viel mit meinem „Helferheifer“ Meisner. Dieser ist eine Reihe von Jahren direkter Unterberger des Herrn Riquel gewesen. Bei mir ist er höchstens fünfmal gewesen. Er hat mir die Akten weder verkauft, noch habe ich Interesse daran, ob er die einzelnen Stücke gestohlen hat oder nicht (Arube links). Für mich war nur wichtig, daß mir ein Material vorlag, aus dem ich erkenne, daß ein Eingreifen nothwendig war. Wenn nun eine Notiz aus einem Briefe dieses Mannes vorgelesen wird, wo er aus Verweisung zum Revolver greifen will, so ist diese Stelle jedenfalls ungewichtig. Was hier der Finanzminister sagt, liegt in der Aeußerung gar nicht drr. Nicht ich, sondern der Finanzminister ist Jahre lang mit ihm umgegangen. (Weiter.) Ich glaube gar nicht, daß der Mann Antisemit ist; er will sich nur Genugthuung verschaffen. Herrn Dr. Strouberg zu vertheidigen habe ich nicht den mindesten Grund; ich will die ausgeworcherten und angebeuteten Volkstreife vertheidigen. Herr Riquel war zuerst Direktor, später aber Aufsichtsrath der Diskonto-Gesellschaft. Es bleibt dabei, sein Name steht da: Ja, Johann Riquel, zeichne 100 000 Thaler. Ich habe nicht erklärt, daß meine Akten etwas für den Invalidentfonds beweisen. Ich habe vom Invalidentfonds gesprochen, auch davon, daß die Börse ein Interesse daran hat, ihn so gestaltet zu wissen, weiter nichts. Als ich die Akten brachte, übergab ich sie dem Direktor mit der Erklärung: „So lange bis die Kommission beschloffen hat, hat niemand das Recht, diese Akten zu benutzen“ (Weiter.) Gleichwohl haben die Herren der Linken die Akten sofort eingesehen. (Aufe: Ja wohl, das ist unser Recht!) Es ist sehr bedauerlich, daß so etwas trotz ausdrücklicher Erklärung geschehen konnte. (Sachen links. Vizepräsident Graf Ballerem: Die Akten waren Eigentum des Hauses in dem Augenblicke, als sie übergeben wurden. Das wollte ich dem Redner bemerken.) Von Hannover-Altenbedener habe ich garnicht behauptet, daß noch kein Spatenstück gefahren sei, als das Darlehn gegeben wurde, sondern bei den Linien, für welche das Darlehn gebraucht wurde, war noch kein Spatenstück gefahren. Ich befände mich nicht auf der Flucht vor Herrn Richter; dieser Ausdruck macht sich zwar gerade in seinem Munde sehr schön, aber er stimmt nicht mit den Thatsachen. Herr Richter beruft sich auf Volksversammlungen und giebt darüber her, nachher wirft er mir vor, ich behandle die Sache dilatorisch. Herr Richter greift zu den schimmsten Mitteln der Verleumdung. (Vizepräsident Graf Ballerem ruft den Redner für diese Aeußerung zur Ordnung.) Herr Richter lenkt immerfort die Aufmerksamkeit von der Hauptache auf Nebendinge ab. (Stürmische Heiterkeit links.) Herr Richter bringt eine ganz harmlose Notiz aus dem Arnswalder Kreisblatte vor; was will er damit nachweisen? Ich muß fetter dabei bleiben, daß von Strouberg 84 000 Pfund gezahlt worden sind für Hannover-Altenbedener; ob und was Herr v. Bennigsen, Herr Koldes u. f. w. erhalten haben, weiß ich nicht, aber ich weiß, daß die Bahn einen weiten Umweg macht, um an dem Gute des Herrn v. Bennigsen vorbeizufahren. (Stürmische, anbauende Urube links; immer sich wiederholende Aufe: Schluß! Lu pl! S du it! Maus!) Herr Präsident lann nur durch kurzes Vintun endlich die Ruhe wiederherstellen; er ruft darauf den Redner zur Sache und macht ihn auf die geordnete Ordnungsmäßigen Folgen dieses Schrittes aufmerksam.) Was Herr Horwig aus dem Disziplinarverfahren anführt, stimmt auch mit den Thatsachen nicht überein. Er war mir aus dem Provinzial-Schulcollegium gerathen worden, meine

Pensionierung nachzusuchen. Daraufhin ließ ich durch einen Physikus meinen Gesundheitszustand untersuchen und dieser konstatierte einen Polypen in meiner Nase. Bei der ganzen Lage meiner Verhältnisse mußte ich wohl den Versuch der Pensionierung machen. Der Reichstag muß sich doch klar machen, weßhalb ein Kumpi gegen mich geführt wird. Daß für die Pensionierung, wo ich spreche, Entree erhoben wird, ist doch kein Gegenstand des Vorwurfs. Pensionierungen kosten Geld, der Ausschlag allein 15 M. Ebensovienig kann ich es ungenügend finden, daß ich für das von mir geschriebene Buch auch Geld genommen habe. Ich weiß, daß ich das Beste will und mit ruhigem Gewissen trete ich Ihrem Hohn und Spott, sowie den Angriffen der ganzen Presse entgegen.

Präsident von Lehmann verweist es dem Redner, auf Neuerungen in Privatgesprächen sich in der Debatte zu beziehen.

Finanzminister Miquel: Ich kenne den Meißner nicht, denn ich bin kaum auf dem Bureau gewesen; wenn aber der Mann zu mir gekommen wäre mit Aktien, von denen ich gewußt hätte, daß sie gestohlen waren, so hätte ich dem Mann einen Fußtritt gegeben, und wer das nicht thut, giebt sich selbst moralisch einen Fußtritt. Die Aktionäre der rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft haben niemals einen Vorwurf erhoben. Der Staatsanwalt hat in dem Prozeß Gehilfen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich nicht um bloße Grundsatzinteressen, sondern auch um Staatsinteressen gehandelt habe, und der Verdächtige Herr Mündel hat ja seinerseits ausdrücklich anheimgestellt, die Strafe milde zu bemessen, weil durch den Prozeß geradezu Nutzen gestiftet worden sei.

Staatssekretär von Maltzan: Es könnte dem Abg. Ahlwardt bekannt sein, daß über sämtliche Papiere, welche dem Reichs-Finanzfonds einverleibt sind, dem Reichstag ganz genaue Nachweisungen vorgelegt sind.

Abg. von Bennigsen: Ich bin noch einmal von Herrn Ahlwardt und zwar mit einer neuen Verdächtigung angeprochen worden. Ich soll veranlaßt haben im eigenen Interesse, die Bahn einen Umweg von einer Meile machen zu lassen. Dieser Vorwurf ist schon früher in einer Broschüre erhoben worden. Ich habe diese Verdächtigung amtlich widerlegen lassen können. Die Bahn macht von Hannover bis zur Weser einen ziemlich erheblichen Umweg um den südlichen Komma des Teistergebirges herum; durch diesen Umweg führt die Bahn nicht bloß bei dem Dorfe Bennigsen, wo mein Gut liegt, vorbei, sondern es ist auch ein Wohnort dort angelegt worden. Das Projekt der Bahn war alt; schon die hannoversche Regierung hat das Projekt geübt und eingehend bearbeitet. Die preussische Regierung hat die Arbeit wieder aufgenommen, desgleichen die Gesellschaft selbst. Alle drei sind zu demselben Resultat gekommen. Der Umweg bewies sich als viel billiger als die Führung eines Tunnels durch den Teister. Mir zu Gefallen hätte die hannoversche Regierung und der Minister Graf Bötticher sicher nicht den Umweg eintreten lassen. Bedächtig zur Belehrung für Herrn Ahlwardt und seine Hintermänner verweise ich auf die amtliche Erklärung, welche von der Eisenbahndirektion von Hannover erlassen worden ist. (Beifall links.)

Abg. Lieber (3.): Ein abschließendes Urtheil zur Sache werden wir uns wohl bis zur Berichterstattung der Kommission zu enthalten haben. Wir wollen dem Antrage Folge geben. Sollten wir unsern persönlichen Eindrücken Rechnung tragen, dann würden wir ihn kurz vor der Hand weisen. Allein wir sind dem Reichstage schuldig, daß er gereinigt werde von dem Vorwurf, Herrn Ahlwardt vergewaltigt zu haben. Nachdem der preussische Finanzminister den Wunsch geäußert hat, daß die Kommission eingehend werden möge, halten wir es für eine politische Aufmerksamkeitspflicht, dem schwer angegriffenen Mitgliede des Bundesraths Gelegenheit zu geben, sich glänzend vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Wir vertrauen, daß die Verhandlungen der Kommission ein solches Ergebnis haben, daß demnach dem Abg. Ahlwardt aus dem Reichstage und aus allen anfänglichen Kreisen Deutschlands das einstimmige Verdict entgegensteht. (Beifall.)

Abg. v. Mantuffel (L.): Der Seniorenkonvent braucht wohl gegen die Behauptungen des Abg. Ahlwardt nicht noch besonders geschützt zu werden. Auch was Graf Ballestrem seinerzeit als die Gesandte des Seniorenkonvents zum Ausdruck brachte, entspricht lediglich der Auffassung desselben von den Behauptungen und den angeblichen Beweisen, die er zu prüfen hatte. Herrn Ahlwardt ist durch die heutige Debatte viel zu viel Ehre angethan worden. Seine heutige Rede und die Jitate aus seinen früheren Reden lassen ihn auf einem viel niedrigeren Niveau erscheinen, als es bisher schien. Herr Richter bemängelt, daß Ahlwardt seine Akten, soweit sie Hannover-Akten betreffen, nicht gelesen hat. Ja, was hätte es denn geheißen, wenn er sie gelesen hätte? Er hätte sie entweder nicht verstanden, oder wenn doch, falsch wiedergegeben (Große Heiterkeit). Wenn wir auch keine Nothwendigkeit für eine Kommission sehen, folgen wir doch dem Vorschlage aus dem Gesichtspunkte, welche Herr Lieber hier angeführt hat. Aber auch wir wollen unsern keinen Umständen ein Präz. bis auf diese Sache erwachsen lassen, namentlich nach der Richtung hin, daß der Reichstag über Mitglieder des Bundesraths zu Gericht sieht. Herr Ahlwardt hat noch nicht gesagt, ob diese Akten alles sind, was er zur Verfügung hat. Wenn die Kommission erst beraten hat und dann erklärt, daß auf Grund der vorgelegten Akten nichts erwiesen sei und Herr Ahlwardt sagt dann: „Ja, die beste Sache ist ja noch, die werde ich Euch dummchen Kerkel doch nicht geben!“ (Heiterkeit). — dann wäre es doch wohl besser, die Kommission würde erst garrnirt zusammen. Nur wenn Herr Ahlwardt eine solche Erklärung abgibt, stimmen wir für eine Kommission. Die Arbeit der Kommission muß so schnell wie möglich, natürlich bei voller Sachlichkeit, betrieben werden.

Die Diskussion wird geschlossen.

Im Schlußwort bemerkte **Abg. Ahlwardt:** Die Vergewaltigung meiner Person lag darin, daß ich trotz meiner Erklärung, ich würde nach Oben mein Material vorlegen, gezwungen wurde, schon am nächsten Tage den Beweis für meine Behauptungen zu führen. Auf die Frage des Herrn von Mantuffel erkläre ich, daß allerdings im Augenblicke noch einige Akten rückständig sind (Große Unruhe und Heiterkeit). Das aber in dem Augenblicke, wo die Kommission zusammentritt, diese Akten Ihnen zugänglich gemacht sein werden. (Fortdauernde Bewegung.) Auf: Wer soll Ihnen das glauben?

Der Antrag Ahlwardt wird einstimmig angenommen, und darauf die Vertagung beschlossen.

Auf Anregung des Grafen Ballestrem, dem sich der Abg. Singer anschließt, wird morgen entgegen der ursprünglichen Absicht des Präsidenten Sawerwinski abgehalten werden. Schluß gegen 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Nachtragsetat und Initiativanträge.

Lokales.

In Sachen Schwoller erklärt der Ahlwardt-Moniteur, nicht er selbst habe das Bahnsche Interview geführt, der Ausgang flammte aus der Wiener Wochenschrift: „Politische Fragmente.“

Das Stöder'sche „Volk“ erzählt folgende Schreckliche Geschichte:

Dieser Tage kam ein kleines, achtjähriges Mädchen aus der Schule im Süden der Stadt: „Papa, es ist ja gar nicht wahr, daß der liebe Gott die Welt geschaffen hat, die ist ganz von selber entstanden! das Fräulein hat es uns ja gesagt.“ (2) Der erschauerte christliche Vater erfuhr auf weitere Fragen, daß

Christus nach der Meinung des betreffenden Lehrers — einem Fräulein M. — nur Scheintodt gewesen habe und daß er selbst auch nur Scheintodt gewesen sei. Die Lehrerin habe ausdrücklich gesagt: Die Kinder sollten es nicht glauben, wenn auch die Eltern es ihnen anders sagen! — Die Gemeindeführung und der Name der Lehrerin können genau bezeichnet werden. Die Sache wird Gegenstand einer amtlichen Untersuchung werden. — Dieser „Religionsunterricht“ unterscheidet sich von dem „Jugend-Unterricht“ der „Freien Gemeinde“ durchaus nicht.

Herr Stöder weiß ganz gut, daß selbst unter den Antisemiten nur ein ganz winziger Theil den kirchlichen Wunderglauben theilt, und daß von den Lehrern selbst der größte Theil seinen anderen Standpunkt als jene Lehrerin einnimmt, wenn sie auch vorsichtiger als diese denselben nicht offen an den Tag legen. Uebrigens, wenn man auch die erwähnte Lehrerin tagelange sollte, was die Denunziation des Stöder'schen Blattes bezweckt, braucht Herr Stöder sich doch nicht der Hoffnung hinzugeben, daß die Kinder besser vor dem Unglauben geschützt sein werden. Dafür werden schon die Kinder der Dissidenten sorgen, welche gezwungen werden, an dem Religionsunterricht theil zu nehmen und die Dissidenten werden nicht ermangeln, durch ihre Kinder den Unglauben in die „christliche“ Schule hinein zu tragen.

Mutter, was läuft denn der Gendarm so? Das unter diesem Titel im Verlag des „Vorwärts“ erschienene Flugblatt wurde im Februar auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Pomm. Stargard wegen Aufreizung zum Klassenhaß in 30 000 Exemplaren beschlagnahmt. Die Staatsanwaltschaft erhob gegen Verleger, Drucker und Verbreiter Anklage wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung, das Landgericht in Stargard lehnte aber die Eröffnung des Hauptverfahrens ab und stellte unter Uebernahme aller Kosten auf die Staatskasse das Verfahren ein. Die dagegen von der Staatsanwaltschaft beim Stettiner Oberlandesgericht eingelegte Beschwerde ist von diesem zurückgewiesen worden. Die Frage: „Mutter, was läuft denn der Gendarm so?“ ist also wiederum der Erörterung freigegeben und hat eine Ergänzung noch durch die zweite Frage gefunden: „Mutter, was läuft denn der Staatsanwalt so?“

Sparsamkeit in der Krankenhausbahnung. Das betreffende Mitglied der Orts-Krankenkasse der Bildhauer und Studenteure, welches uns die unter obiger Ueberschrift in der Nummer vom 16. April veröffentlichte Notiz einsandte, wird gebeten, sich in der Redaktion des „Vorwärts“ zu melden.

Ein Heiner König stumm ist der Petroleum-Motoren-Fabrikant E. Spiel, Wilmstr. 36. Der bei ihm beschäftigte Schlosser Karl Ortmohr ist zum Besitzer im Gewerbergericht ernannt, was den Anlaß gab, daß Herr Spiel ihn entließ, indem er meinte: „Er könne doch nicht verlangen, daß sein Platz für halbe oder ganze Tage unbefüllt bleibe.“ Nun, die Arbeiter des Herrn Spiel werden sich dies merken, und sie werden schon Gelegenheit finden, Herrn Spiel zu zeigen, was sie verlangen können. Jedensfalls werden sie heute bereits die Einsicht haben, daß sie sich an ihren Mitarbeitern verschulden, wenn sie für Herrn Spiel auch nur im mindesten mehr leisten, als wozu sie durch ihren Arbeitsvertrag verpflichtet sind. — Die Arbeiter müssen heute wegen der allgemeinen Nothlage mancher ruhig einstecken; aber wenn sie zeitweilig auch schweigen müssen, vergeffen werden sie nicht.

Die Untersuchung wider den Bahnhofsvorsteher Sachler aus Groß-Weischenfeld hat einen überraschend schnellen Abschluß gefunden. Wie noch jüngst gemeldet, hat dieselbe erst vor ganz kurzer Zeit aufgenommen werden können, weil Sachler bei der am 4. März erfolgten Verhaftung so krank war, daß er zunächst in der Charitee untergebracht werden mußte. Nachdem er genesen und wieder nach dem Untersuchungsgefängnisse überführt war, hat er dem Untersuchungsrichter ein umfassendes Geständnis abgelegt, nach welchem er 7000-8000 Mark amtlich anvertrauter Gelder unterschlagen hat. Seine Frau, sein Schwager und dessen Frau sind ebenfalls bald nach Sachler's Verhaftung gefänglich eingezogen worden, weil sie unter dem bringenden Verdachte der Hehlerei standen. Durch das Geständnis des Hauptangeklagten wurden auch die bezeichneten Verwandten schwer belastet, wodurch sich dieselben bewegen sahen, ihrerseits ebenfalls ein offenes Geständnis abzugeben. Danach haben sie einen Theil des unterschlagenen Geldes erhalten und in ihrem Ruhen verzußt. Die Sache ist also vollständig aufgeklärt und wird die Hauptverhandlung bald nach Ablauf der gesetzlichen Fristen stattfinden.

Ueber die Bauwirtschaft in Berlin berichtet das Unternehmungs-Organ, die „Baugewerks-Zeitung“, das sonst Ausgang April alle Arbeitskräfte beschäftigt zu sein pflegen, in gegenwärtiger Bauzeit dagegen noch viele Maurer, Zimmergesellen und Arbeiter ohne Arbeit sind. Ihre Zahl zählt nach Tausenden. Man darf annehmen, daß auch dieses Jahr wieder ein schwaches Baujahr werden wird, vielleicht noch schwächer als das Jahr 1892, in welchem die Summe der ausgezahlten Löhne auch schon um mehrere Millionen gegen das Jahr 1891 zurückgegangen war. Am empfindlichsten leiden unter der Ungunst der Verhältnisse die soliden Bauwerkstoffe. Die Preise der Baumaterialien werden infolge der geringen Arbeitstätigkeit wahrscheinlich ebenfalls gegen das Vorjahr zurückbleiben. Das die Löhne unter den gegenwärtigen Verhältnissen gedrückt werden, liegt auf der Hand. Nur die Preise der Baustellen erleiden im Allgemeinen keinen Rückgang, weil sie seit durchweg in festen Händen sich befinden und diese in dem Besitz von Baustellen die günstigste Kapitalanlage erldiden. Ebenso sind Häuser, obgleich noch immer viele Wohnungen leer stehen, eine gesuchte Kapitalanlage.

Waldbrände. Um ganz Berlin herum haben am vergangenen Sonntag zum Theil sehr gefährliche Waldbrände stattgefunden, durch welche insgesamt etwa 25 Morgen Forst eingeschert worden sind und die auf unvorsichtiges Fortwerfen von Streichhölzern durch Berliner Ausflüger zurückzuführen sein dürften. Am Nachmittag gegen 3 Uhr brach ein großer Waldbrand in Neu-Nahudorf aus, der kaum von der herbeieilenden Köpener und Friedrichshager Feuerwehr gelöscht worden, als auch schon eine Meldung anlangte, wonach im Hirschgarten der Forst an der Bahn in Flammen stand; durch Abgraben wurde dieses Feuer, sowie ein weiterer Brand an einer anderen Stelle des Forstes beseitigt. Ein weiterer Waldbrand wurde gegen 8 Uhr aus Sadowa gemeldet, der indessen größeren Schaden nicht anrichtete. Gegen 8 Uhr Abends brannte der Wasserturm der Badeschen Villa in Hirschgarten ab, wobei die dicht daran gelegenen Gebäude in die Gefahr der Mittheilung gezogen wurden. Fast zu derselben Zeit fanden zwei große Waldbrände bei Schmiedow statt, woselbst der Forst zu beiden Seiten der Bahn Feuer gefangen hatte und dabei etwa 2 Morgen Baumbestand vernichtet wurden. Etwa 5 Morgen Forst wurden am Sonntag durch ein ausgekommenes Feuer bei Sarnow (unweit Oranienburg) — der Krone gehörig — vernichtet, ferner wurde ein großes Waldterrain bei Dorf Marwitz eingeschert. Drei weitere derartige Brände werden ausschließlich vom gleichen Tage aus der nordwestlichen Umgebung Berlins gemeldet, die in den Waldungen der Ortsteile Behnig, Schmiedow und Bierig gewüthet haben.

Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich am Montag Nachmittag auf der Chaussee zwischen Lichtenberg und Friedrichsfelde ereignet. Der Kutscher August Reumann, seit Jahren bei dem Fuhrerern Geh in Friedrichsfelde in Stellung, ein durchaus solider Mensch, wollte während der Fahrt auf den von ihm geführten, mit Mauersteinen beladenen Wagen steigen. Nach der Aussage von Kindern — andere Augenzeugen sind nicht vorhanden gewesen — ist er aber sofort wieder auf der anderen

Seite herunter und unmittelbar vor die Räder gefallen. Dief sind ihm über den Unterleib gegangen und haben denselben demagen zerrissen, daß die Eingeweide in Fetzen herausgingen. Auf das Geschrei der in der Nähe befindlichen Kinder kamen Krusa-herbei, welche den Verletzten, der nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab, in einigen Tagen packten und nach dem Krankenhaus am Friedrichshain brachten. Ehe aber der traurige Transport dort ankam, war der Verletzte bereits todt.

Ein räuberischer Ueberfall wurde am Sonntag auf eine Frau R. aus Ober-Schönweide gemacht, als diese sich auf dem Wege nach der Eisenbahn-Haltestelle Sadowa befand. Im Walde traf ein furchtbar aussehender Mensch auf sie zu und verlangte unter Bedrohung mit einem Messer ihr Geld. Die in Schreden versetzte Frau gab ihre mit 70 M. beschwerte Börse heraus und war froh, ohne weiteren Schaden davon zu kommen. Glücklicherweise konnte sie den Räuber genau beschreiben, wodurch seine Ermittlung und Festnahme gelang. Es ist der „Arbeiter“ Paul Krause aus Berlin, der bereits wegen Diebstahls und Körperverletzung bestraft ist. Da ermittelt wurde, daß er sich kurz nach dem Attentat einen neuen Anzug beschafft hatte, so erfolgte seine Verhaftung. Er giebt zu, in der Köpener Heide, wo er sich als Vogelwähler aufgehalten habe, an dem genannten Tage einer Frau das Geld abverlangt und auch etwas erhalten zu haben, bestreitet aber die Bedrohung mit dem Messer und will dieses nur zufällig, da er sich einen Stock abgeschnitten habe, in der Hand gehalten haben.

Ein Leichenfund, der auf Raubmord hindeutet, beschäftigt gegenwärtig die Köpener Polizei. Am Sonntag Abend ist nämlich in dem Forst bei Friedrichshagen die Leiche eines unbekannten Mannes gefunden worden, unter Anzeichen, die ein oben erwähntes Verbrechen nicht ausschließen. Der Todte soll bei Ausladung seiner sämtlichen Kleidungsstücke braunt gewesen sein. Diese aus sonst zuverlässiger Quelle stammende Mittheilung wird uns jedoch aus Friedrichshagen, wohin wir uns mit telephonischer Anfrage wendeten, nicht bestätigt, da auf dem dortigen Amt von einem derartigen Fall nichts bekannt ist. Allem Anschein nach scheint es sich um das bereits in voriger Woche folpportirte Verbrechen zu handeln, wonach die entleerte Leiche eines Berliner Garde-Offiziers, der seinen Vorgesetzten schwer mißhandelt und dann aus Furcht vor Strafe sich das Leben genommen, von Frauen in einem Gehölz bei Neu-Nahudorf aufgefunden worden sein soll. Da dieser Fall in der ungeheuerlichen Weise in den östlichen Vororten aufgedeckt ist, so würde es sich empfehlen, wenn amtlicherseits eine diesbezügliche Erklärung gegeben werden würde.

Ueberfahren und schwerverletzt wurde Montag Nachmittag um fünf Uhr in Gegenwart seiner Mutter der elfjährige Knabe Otto Eada, Admiralftr. 28. Mutter und Sohn wollten den Heinrichsplatz überschreiten, als ein Widerwagen das Kind zu Boden riß, sodaß ihm die Räder über die Brust gingen. Bewußtlos wurde er nach dem Krankenhaus Am Urban gebracht.

Durch den Einsturz eines Gerüstschuttbaches am Hause Neue Königl. 19c sind gestern Abend zwei Kinder erheblich verletzt worden. Ein Möbelwagen fuhr mit solcher Gewalt gegen eine Stiege, daß dieselbe abbrach und das Schuttbach auf eine Breite von 5 Metern hinunterstürzte. Auf dem Bürgersteig unter dem Gerüst spielten etwa acht bis zehn Kinder, die bei dem Einsturz des Gerüstschuttbaches sich nicht alle mehr rechtzeitig zu retten vermochten; zwei der Kleinen, der achtjährige Max Blumberg und die elfjährige Anna Bartels, wurden durch herabstürzende Bretter schwer verletzt.

Leichenfund. Auf einem Rasenplatze im Friedrichshain fand Montag Morgen um fünf Uhr der Wächter Nowak einen etwa fünfjährigen Mann todt an. Der Verstorbene ist von kräftigen Körperbau, hat dunkelblonde Haare, eben solchen Schnurrbart und trägt einen schwarzen Anzug und einen gleichen Ueberzieher. Obgleich Spuren äußerer Gewaltanwendung an der Leiche nicht wahrnehmbar sind, so ist doch die Beschlagnahme erfolgt, um die Persönlichkeit und die Todesursache zu ermitteln.

Polizeibericht. Am 24. d. M. Morgens wurde im Friedrichshain die Leiche eines unbekannten, etwa 45 Jahre alten Mannes aufgefunden, der anscheinend infolge eines Herzschlages verstorben ist. — Von der Friedrichstraße sprang Vormittags ein Kaufmann in die Spree, wurde jedoch, anscheinend ohne Schaden genommen zu haben, aus dem Wasser gezogen und nach seiner Wohnung gebracht. — Vor dem Hause Ackerstraße 146 gerieth Mittags ein 5 jähriger Knabe unter die Räder eines Bierwagens und erlitt eine bedeutende Verletzung am Fuße. — Im Landwehrkanal, an der Würwaldebrücke, wurde Nachmittags die bereits stark verweste Leiche eines etwa vier Wochen alten Kindes angeschwommen. — In seiner Wohnung, in der Moenslebenstraße, versuchte ein Arbeiter sich mittels Jodtinktur zu vergiften; durch Anwendung von Gegenmitteln wurde jede Lebensgefahr beseitigt. — Vor dem Hause Borsforterstraße 9 wurde ein vierjähriges Mädchen durch einen Geschäftswagen überfahren und am Fuße schwer verletzt. — Beim Durchgelenken eines Kahnens an der Torsbrücke-Brücke entglitt dem an der Louwende beschäftigten Schiffer die Kurbel und traf ihn gegen die Stirn, so daß er eine Gehirnerschütterung erlitt und über Bord fiel. Er wurde jedoch sofort aus dem Wasser gezogen. — Gegen Abend wurde ein Kutscher auf dem Königs-Blatz beim Aufrichten eines gefallenen Pferdes von diesem geschlagen und am Knie so schwer verletzt, daß seine Ueberführung nach der Charitee erforderlich wurde. — Im Laufe des Tages fanden vier kleine Brände statt.

Gerichts-Beilage.

Wegen Bankrotts und Gläubigerbegünstigung stand gestern der Kaufmann M o s e s Cohn vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte betrieb in zwei Geschäften, die in der Müncheberger- und Rosenthalerstraße gelegen waren, den Handel mit Rindergarderobe. Im vorigen Herbst meldete er den Konkurs an. Es zeigte sich, daß keine Masse vorhanden war, die Gläubiger gingen leer aus. Nur die Schwiegermutter des Angeklagten, eine Frau Oppenheim, hatte ein angebliches Guthaben von 750 M. kurz vor dem Zusammenbruch des Geschäfts erhalten. Die Buchführung war eine so mangelhafte gewesen, daß ein Ueberblick über die Vermögenslage durchaus nicht zu erzielen war. In der Verhandlung gestaltete die Beweisaufnahme sich für den Angeklagten höchst ungünstig. Seine Behauptung, daß seine Schwiegermutter ihm 750 M. geborgt, ließ sich nicht widerlegen. Der Angeklagte gab an, daß er mit seiner Schwiegermutter eine Abmachung dahin getroffen habe, daß er monatlich 50 M. abzahlen solle. Werde dieser Zahlungsmodus nicht pünktlich innegehalten, so solle der ganze Rest fällig sein. Der letztere Fall trat schon im ersten Monat ein, Frau Oppenheim, die als Sicherheit noch einen Bescheß über 750 M. erhalten hatte, klagte diesen ein und erzwirkte die sofortige Zwangsvollstreckung, wobei der Beklagte ihr selbst behilflich war. Als der Gerichtsvollzieher seines Amtes waltete, sagte ihm der Angeklagte, er solle nur thätig pfänden, er gebe das Geschäft doch auf. Der aus den gepfändeten Gegenständen erzielte Erlöß überstieg das Guthaben der Frau Oppenheim denn auch so bedeutend, daß der Angeklagte von dem Ueberflusse nicht nur die Mithie bedien, sondern noch einige Hundert Mark für sich behalten konnte. Der Gerichtshof gelangte zu der Ansicht, daß selten so viel Lug und Trug angewendet worden sei, als im vorliegenden Fall, der Beobacht, daß betrügerischer Bankrott vorliege, sei so begründet, daß die Sache an das Schwurgericht zu verweisen sei.

Soziale Ueberblick.

Achtung, Mechaniker! Der Streit bei der Firma Gross und Graf, Luisen-Platz 44, dauert unverändert fort. Alle Gerüchte, daß die Firma den jetzt dort beschäftigten Arbeitern die Forderungen bewilligt habe, sind durchaus unwahr. Im Gegentheil müssen dort jetzt täglich 2 Ueberstunden gemacht werden, ohne daß dafür der Zuschlag bezahlt wird. Daran ist klar zu erkennen, was die Firma erträgt, und an den Kollegen wird es jetzt sein, zu zeigen, daß sie sich derartigen Lohnrückereien nicht fügen, und in diesem Geschäft keine Arbeit nehmen. Agitiere also jeder für Fernhaltung des Zugangs, damit es uns möglich wird, bei jener Firma doch noch bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Der Vertrauensmann.

Achtung, Zimmerleute Berlins und der Umgegend! Am Donnerstag, den 27. April, findet bei Joël, Andreassstr. 21, eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung statt, in welcher gegen die vielfachen Lohnrückereien, welche in der letzten Zeit erfolgten, Stellung genommen werden soll. Es ist eure Pflicht, Kameraden angesichts der drohenden Kämpfe, in dieser Versammlung zu erscheinen und Euch in die Organisation aufzunehmen zu lassen. Seid daher sämtlich am Platz! Mit kameradschaftlichem Gruß G. Thamm, Wollmerstr. 18.

Die Zahl der ausständigen Zimmerer Wiens betrug am Montag 14—1500. Unordnungen kamen nicht vor. Dagegen werden solche den Grazer Bauarbeitern nachgesagt, die in Zahl von 1500 Mann streiken. Sie sollen in das Haus eines Gutbesizers, der billigeren, italienische Arbeiter beschäftigt, mit Steinen geworfen haben, wodurch die Frau des Gutbesizers schwer verletzt worden sei. Dieser habe auf die Streikenden geschossen und zwei von ihnen schwer, viele andere leicht verwundet. Wahrscheinlich ist die Nachricht, wie gewöhnlich bei Streiks, entweder ganz erlogen oder gefälscht übertrieben, um der Welt ein Eingreifen des Militärs plausibel zu machen. Gemeldet wird noch, daß die Grazer Baumeister beschloffen hätten, keinen Gehalt für die Streikenden zu suchen, sondern die Bauten vorläufig ganz einzustellen.

Versammlungen.

Ueber die bevorstehende Reichstags-Auflösung sprach Bebel am Sonnabend im großen Saal der Borussia-Brauerei

zu Nieder-Schönweide vor einer von 2000 Personen besuchten Versammlung. Der Vortrag, welcher mit dem Appell schloß, nur solche Männer in den Reichstag zu wählen, welche sich entschlossen sind, an Stelle des heutigen Systems bessere Zustände zu schaffen, wurde von der Versammlung mit stürmischen, nicht enden wollenden Beifall aufgenommen. Der fernere Verlauf der Versammlung war eigenartiger Natur. Bei Eröffnung der Diskussion meldete sich Tischler Gluck aus Glienede zum Wort. Dieser brachte aber, anstatt zum Thema zu sprechen, ein Hoch auf Bebel aus. In demselben Augenblick als Gluck vom Vorsitzenden das Wort entzogen wurde, richtete sich der „Ueberwachende“ in die Höhe und ließ folgende Worte aus seinem Munde ertönen! Mit Rücksicht darauf löse ich die Versammlung auf!!!!!! Unter allgemeinem Schütteln des Kopfes darüber, was dem Manne des Geschehens denn eigentlich zur Auflösung veranlaßt haben mochte, ging die Versammlung auseinander. Aus dem Gendarm selber war nicht herauszukriegen, auf welchen Gesetzesparagraphen sich seine Handlungsweise stütze. Natürlich ist sofort Beschwerde eingereicht worden.

Freie Vereinigung der Gravure-, Zisel- und verw. Berufs-gesellen Berlins und Umgegend. Heute, Abends 8 1/2 Uhr, Grüner Weg 29 bei Saeger: Versammlung. Vortrag des Herrn Wegner über: Die Gicht der heutigen Gesellschaft. Morgen, den 27. d. M.: Bezirks-Wahlversammlung in den Arminshallen, Kommandantenstr.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner in Berlin. Mittwoch, den 26. April, Abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche General-Versammlung in den Arminshallen, Kommandantenstr. 20. Tagesordnung: Statutenänderung.

Sozialdemokratischer Agitations-Verein für die Kreise Wittenberg, Schwetznitz, Zempau und Liebenwerda. Heute, Mittwoch, Abends 8 1/2 Uhr, bei Lehmann, Neue Grützm. 14: Versammlung.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgegend. Versammlung am Mittwoch, den 26. April, Abends 8 1/2 Uhr, in der Konfordia-Hallen, Weidenstr. 61 (Mittler Saal.) Tagesordnung: Die Arbeiterbewegung einst und jetzt.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

West, 25. April. Das Abgeordnetenhaus genehmigte das Budgetgesetz. Der Ackerbauminister legte einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Durchführung der Kolonisation.

Dussel, 25. April. Die ausständigen Arbeiter weigerten sich, gegen einen Stundenlohn von einem Schilling das auf der Brandstätte noch lagernde unversehrte Holz in Sicherheit zu bringen und verstanden sich auch dann nicht dazu, als ihnen 7 1/2 bis 10 Schilling pro Stunde geboten wurden.

Mosk., 23. April. In der heutigen Versammlung des Industrie- und Arbeiterraths wurde eine Einigung zwischen den Arbeitgebern und den Bergarbeitern über die Lohnfrage nicht erzielt. Der partielle Streik im Borinage nimmt daher seinen Fortgang.

Briefkasten der Redaktion.

Berichtigung. Im gestrigen Bericht über das Krankenhaus der barmherzigen Brüder in Bonn a. Rh. muß es heißen: „Man scheidet sie (die Kranken) meist für Simulanten zu betrachten, und behandelt sie wohl auch demgemäß.“

K., Oderberg. In der Zeitschrift fehlt die genaue Angabe, wofür der Betreffende verurtheilt wurde. bitten um gefl. Aufklärung.

Metallarbeiter Adolf Müller, Radebeim betreffend. Da Ihre Zuschrift keinerlei Bestätigung durch den Vertrauensmann unserer Partei oder sonstigen aufweist, können wir ihr leider keine Folge geben.

C. F. 118. Ihr Vorschlag ist nicht akzeptabel. Die rothen Pauer. Rathen Sie uns doch nicht zu, auf irgend eine dumme Bemerkung eines Klatschblatts von Anfang Januar heute noch was zu erwidern.

Z Wettende. Darüber müssen Sie in Lübben selbst nachfragen.

G. F., Rixdorf. Die durch Plakate angezeigte Schrift ist nicht die erste und wird auch nicht die letzte sein, welche den Nachweis zu führen sucht, daß es am besten für die Menschen ist, geduldige Schlummerköpfe zu bleiben und sich vor jedem Polizisten, Junker und Prohen zu bücken. Die Dummheit werden zwar nicht alle, aber schwer fällt es heute doch, solche Dummheit noch zu finden, die 1 M. 75 Pf. ausgeben, um solches albernies Zeug zu lesen.

C. F. Das Verhalten der Polizisten zeigt Ihnen, daß Sie in Preußen leben. Wer behauptet, daß nur ganz ausnahmungsweise brutale Polizisten vorkommen, gilt ebenso als ein Verleumder, als wer behaupten wollte, daß die Behandlung in den Fernkolonien viel zu wünschen lasse, und kann nicht streng genug bestraft werden. Wenn nun gar die direkt Beteiligten die ihnen zu Theil werdende Behandlung ruhig einstecken, dann ist schon gar nichts dagegen zu thun.

M. 13. Die Hebeamma ist im Recht. Für Weiland bei der Entbindung kann sie 6, für jeden folgenden Besuch 1 M. beanspruchen.

Große öffentliche Versammlung
sämtlicher in der
Schirmbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
am Mittwoch, den 26. April, Abends 9 Uhr,
im Lokale des Herrn Ehrenberg, Lundenstraße 16.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Rein. 2. Diskussion. 3. Lehrlingsfrage.
4. Verschiedenes. — Um zahlreichen Besuch bittet
Die Agitations-Kommission.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein
des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgegend.
Am Mittwoch, den 26. April, Abends 8 Uhr, in den
Konfordia-Festsälen (H. Saal), Andreassstr. 64:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Arbeiterbewegung einst und jetzt. Referent Herr Müller.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Aufnahme neuer Mitglieder.
Herren als Gäste willkommen. Um zahlreichen und pünktlichen Er-
scheinen bittet
Der Vorstand.

Bauhandwerker.
Größe Versammlung
aller Bauhandwerker
am Donnerstag, 27. April, Abends präz. 8 Uhr, bei Joël,
Andreassstr. 21.
Tages-Ordnung:
Stellungnahme zu einem gemeinsamen Vorgehen
gegenüber der Verschlechterung unserer Lage durch die
Unternehmer und Meister.
Eingeladen sind alle Maurer, Zimmerer, Studienteure, Steinhauer,
Dachbeder, Maler, Zöpfer, Bauarbeiter u. s. w.
Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber bittet um zahlreichen Besuch
Der Einberufer.

Möbel u. Polsterwaren Aug. Herold,
Oranienstr. 83/84.

GESCHAFTSHAUS S. HEINE
Die Firma besteht seit 1873.
Leinen- und 3605L
Elsasser-Baumwollwaren.
Hemdentuch, Dowlas, Croisé, Damast, Piqué etc.
Fertige Bettwäsche, Handtücher, Tischzeuge, Bettzeuge etc. etc.
Gardinen
Neue stilvolle Muster in grosser Musterwahl! Zwei-
seitig gebogt und sauber gelüzt, Meter von 45 Pl. an.
Abgepasst das Fenster (zwei Shawls) von 3,50 Mk. an
Gardinen-Reste
für 1, 2 oder mehr Fenster pass., lassen sich wohl!
Neuheit. In Tischdecken, Bettdecken,
— Sopfadecken etc.

Möbel, Spiegel- u. Polsterwaren-Magazin.
Ganze Ausstattungen Küchensamöbel in grosser
in Mahagoni u. Nusbaum. Auswahl empfiehlt
Julius Apelt, Sebastianstr. 20
Reelle Waare. Prompte Bedienung. (früher 27/28). [3749L*
Genosse sucht Schlafst. 3. 1. Mai
(allein). Nähe Alexandrinenstraße. Off.
unt. O. S. B. Postamt, Oranienstr. 72.
Frdl. Schlafst., 6 M., Brandenburg-
straße 24. 3571b

Gebr. Bölke
Uhren-Fabrik
Berlin, Mauerstr. 76.
Verlauf aller Arten
abgezoener und genau
regulirter Uhren zu
äußerst billigen Fabrikpreisen.
3 Jahre Garantie und Umtausch ge-
statet. Reich illustriertes Preis-Buch
gratis und portofrei. [945L*
Gold-Damen-Uhren, Rem., 20 M.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 3806L*
am Wägen-Platz wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste
Preise! Sämmtliche im Handel
befindl. Roh-tabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Nachtigallen 6 Mark.
Schnelle, Stallhferstr. 132.
Gardinen-Reste
zu 1—4 Fenstern passend, spottbilligst,
in der Fabrik Grüner Weg 80 part.
Eingang vom Flur. 4086L

M. Samolewitz
28 Lehrbellinerstraße 28.
Schuhwaren.
Arbeiter-Garderoben.
Mein Geschäft besteht seit dem
Jahre 1877 und ist in Arbeiter-
kreisen durch seine Reellität weit hin
bekannt. 3042L*
Verkauf nur unter Garantie
der Haltbarkeit. Billigste Preise.
M. Samolewitz.

66. Resterhandlung. 66.
Billig Reste zu Knaben-Anzügen von
1 M. Große Anzüge von 7 M. an
bis zum feinsten Kammingarn, auch pass.
zu Eingangs-Anzügen. Große Aus-
wahl in Paletotstoffen, sowie zu Früh-
jahrsmänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas,
Seide, Sammt und Spitzen. [3710L*
Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch
angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge
66. Karle, Waldemarstraße 66.

Arbeitsmarkt.
Geübte Schirmnäherinnen auf
Baumwolle finden dauernde Beschäftig.
bei O. Frey, Wallstr. 82/83. 3568L
Lücht. Vergolbet auf farbige und
Bronceleisten, sowie auch Mädchen auf
Bronceleisten werden verlangt. 200 M
Waldemarstr. 15.
Plätterin veel. Stephanstr. 27a. 3572b
Ein tüchtiger
Schriftendrucker,
der selbständig arbeiten kann, sei. gef.
Wilhelm Boehme, Reichenberger-
straße 138. [3566b

Dr. Thompson's Seifenpulver
ist das beste
und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt.
Nicht zu verwechseln mit geringwerthigen Nachahmungen,
die in neuerer Zeit unter den Namen „Seifen-Extract“ u.
angeboten werden. 8072L*

Möbel- und Polsterwaren-Magazin
von **Aug. Boddin,** 8489b
88 Kottbuser Damm 88 (früher Reichenbergerstraße 9).

Mechanische Weberei
Charlottenburg
126 Berliner Strasse 126. Telephone 108.
Spezialität:

Damen-Kleiderstoffe jeder Art.
Fabrikate eigener Fabrik.
Täglicher Eingang von Frühjahrs-Neuheiten.
Größtes Lager in schwarzen Cachemires und Fantasiegeweben,
doppeltbreit Meter von 65 Pf. an, außerdem empfehle mein großes
Lager in Wäsche, Baumwollen- und Leinen-Waaren.
Fabrik-Niederlage
von Teppichen, Gardinen und Läuferstoffen.
Detail-Verkauf zu Fabrikpreisen.

D. Wurzel, Lieferant des Konsumvereins „Süd-Ost“,
Kleiderstoffe, Mousseline und Batiste in großer Auswahl.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.
Ausstattungen in Mahagoni u. Nusbaum; Küchen-
möbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco.
Berlin S.O.,
Königinstr. 25.

Möbel-Magazin
R. Schmidt,
Veteranenstraße 15
auf 1/2 Scheilzahlung.
Stets gebrauchte Möbel auf Lager. Auch
ist dabei ein Pianino billig zu ver-
kaufen. Kindermöbel, größte Auswahl.

Kinderwagen und Reisekörbe,
über 200 Stück, Einzeln. bill. zu verk.
in d. Nordwaren-fabr. Invalidenstr. 105.

Nachtigallen, Singervögel [1 M.,
Finken 1 M.,
Kühnemund, Stallhferstr. 33/39.

Jähne schmertz. einl. sehr fest sin.
Garantie, 1,50. Abzahl. Woche 1 M.
Dresdenerstr. 105. 8201b*

Verkäufer und Händler
grosser Verdienst!
Maifest-Album.
10 Pf. Artikel, rascher Verkauf.
5 Pf. Rabatt per Stück.
Kauft Jedermann!
zu haben bei
A. Häbner, Wilhelmstr. 131.
Die kleinsten Posten werden abge-
geben. Nach Auswärts nicht mit 50 Ct.
Achtung! Kein Laden.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigaretten
1 Mark. Garantie rein amerikanische
Tabake, Rippentabl 2 Bfd. 60 Pf.
3561L
G. F. Dinslage,
Kottbuserstr. 4, Hof part.